

Neue Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme

Folge 1: Baden-Württemberg



Wir wollen wissen: Wie rechtsextrem ist Deutschland? Deshalb haben wir für jedes Bundesland einen Experten oder eine Expertin aus der Zivilgesellschaft befragt, wie die Lage im Land aus seiner / ihrer Sicht aussieht. Heute starten wir mit Baden-Württemberg. Ein Interview mit Politikwissenschaftler Michael Distel.

Michael Distel ist Politikwissenschaftler und unter anderem Mitglied bei Courage Baden Württemberg.

Wie sieht Rechtsextremismus in Baden-Württemberg derzeit aus?

Wichtigste Partei sind die Republikaner, die in Baden-Württemberg gegründet wurden und hier eine starke Verankerung in der Bevölkerung haben. Die NPD holt allerdings auf. Baden-Württemberg hat eine lebendige Nazi-Subkultur. So hat sich beispielsweise Anzahl rechtsextremer Skinheads seit 1990 vervierfacht. Damit einher geht ein massiver Anstieg rechtsextremer Straftaten und Propaganda.

Wie zeigt Rechtsextremismus sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Neben den Parteien (wie NPD, Republikaner, Deutsche Partei (DP)) hat Baden-Württemberg eine große Nazi-Rock-Szene. Eine der bekanntesten Bands ist „Race War“ aus Schwäbisch Gmünd, die jüngst als kriminelle Vereinigung verurteilt wurden, außerdem „Propaganda“ aus Horb, „Act of Violence“ aus Ulm, „Aufbruch“ aus Mannheim. Die Bands können, selbst wenn es 40, 50 Konzerte im Jahr gibt, pro Konzert um die 180 Fans mobilisieren. Im Jahr 2005 konnte man eine starke Vermischung der Szenen von Rotlichtrockern und Neonazis beobachten. In diesem Jahr gab es besonders viele Konzerte, die in einem Rockerclub in Mannheim

stattfanden, bis dieser von der Polizei geschlossen wurde. Seitdem haben rechtsextreme Bands allerdings Probleme, geeignete Räume zu finden. So hat sich laut VS Bericht 2006 die Zahl von Rechtsrockkonzerten 2006 halbiert.

Wie überall ist auch in Baden-Württemberg Rechtsextremismus besonders in ländlichen Regionen verbreitet. Schwerpunkte gibt es im Bodensee-Raum, um Ulm, Heilbronn, in der Rhein-Neckar-Region, in der Südpfalz und im Raum Stuttgart. Allerdings sind in diesem Fall Ländergrenzen nicht so aussagefähig: Während es etwa in Mannheim nur wenige aktive Nazigruppierungen gibt (der örtliche NPD Stützpunkt ist fast inaktiv, die Deutsche Liste dagegen wieder vermehrt), sind diese im benachbarten Ludwigshafen zahlreicher und um so aktiver. So wurden etwa am 14. April drei Infostände der NPD in Ludwigshafen, Grünstadt und Landau durchgeführt. Geschützt wurden diese Infostände durch jeweils ca. 20 Aktivisten des Aktionsbüro Rhein-Main-Neckar.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Parteilos ist Baden-Württemberg das Stammland der Republikaner, die das bürgerliche rechtsextreme Potenzial abschöpfen. Die Partei ist allerdings derzeit in einer tiefen Krise. Sie hatten bereits Sitze im Landtag, sind aber jetzt nicht mehr vertreten. Es fehlt an einer charismatischen Führungsfigur. Deshalb macht derzeit auch die NPD Boden gut. Sie hat zwar auch mit internen Problemen zu kämpfen, nachdem der Landesvorsitzende und Ex-Gesamt-NPD-Vorsitzende Günter Deckert von seinen Parteigenossen abgesägt worden ist, weil er ein Intimfeind des derzeitigen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt ist. Deckerts Einfluss und Organisationstalent fehlen der NPD Baden-Württemberg derzeit, trotzdem ist sie erfolgreich dabei, neue Strukturen zu bilden. Sie hat auch schon Mitglieder in Gemeinderäten platzieren können, etwa in Heilbronn über das „Nationale Bündnis“. Im Schwarzwald-Baar-Kreis sitzt Jürgen Schützinger für die NPD im Stadtrat.

In der subkulturellen Szene sind es vor allem die Strukturen und Köpfe des 2000 verbotenen Blood & Honor-Netzwerks, die nach wie vor aktiv sind und in der Szene das sagen haben.

Ebenfalls relevant sind die nicht parteigebundenen „freien Nationalisten“. Diese geben sich in Baden Württemberg sehr aktivistisch und führen zahlreiche Demonstrationen und Veranstaltungen durch. Die Organisationsform als fest strukturierte „Kameradschaft“ wird zunehmend zugunsten von wechselnden Gruppenbezeichnungen (etwa als „Bürgerinitiative“ oder „Autonome/ freie/ nationale –Sozialisten“) abgelegt. Intern sind diese Gruppen jedoch nach wie vor streng hierarchisch gegliedert. Eine der aktivsten Gruppierungen in diesem Bereich ist das Aktionsbüro Rhein-Neckar-Main, das eine bundesweit relevante Homepage betreibt. Hinter diesem „Aktionsbüro“ stehen zum Teil langjährige Aktivisten aus der Rhein-Neckar Region.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Eine ist ohne Zweifel, dass es noch keine Kooperation oder Absprachen zwischen den rechtsextremen Parteien gibt. Stattdessen fahren die Republikaner in Baden-Württemberg im Moment eher noch einen Anti-NPD-Kurs. Es gibt in der Partei zwar durchaus Sympathien für ein nationales Bündnis, fragt sich nur welcher Flügel sich durchsetzt.

Eine weitere Besonderheit, allerdings von ganz Süddeutschland, ist es, dass hier Blood & Honor weiterhin sehr aktiv ist. Das rechtsextreme Netzwerk ist zwar 2000 verboten worden, aber die Köpfe dahinter sind nach wie vor äußerst aktiv. Sie haben einfach weiter gemacht. Konzerte, Bands oder Publikationen firmieren seitdem bloß unter unterschiedlichen Namen, die Leute sind aber immer gleich. Ziel der Aktivisten um Christian Hehl und Hartwin Kalmus ist es, Nazi-Ideologie zu verbreiten und umzusetzen. Blood & Honor schreckt auch nicht davor zurück, Gewalt gegen die eigenen Leute anzuwenden, wenn diese nicht parieren. So stürmten etwa 55 Blood & Honor-Aktivisten ein eigenständig organisiertes Konzert der lokal agierenden Kameradschaft Nibelungensturm Odenwald, zerstörten den Raum und stahlen die Kasse. Da haben auch zum ersten Mal die Neonazis nicht dicht gehalten und die Täter verraten. Dieser Vorfall beleuchtet das interne Gewaltpotenzial der Neonazis.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Die Entwicklungen in Baden-Württemberg sind analog zu den bundesweiten. Auch hier geht ein Trend zum autonomen Nationalismus – also das Aneignen alternativer Stylecodes durch die Neonazis, um

Verwirrung zu stiften. Kameradschaften vertreten zwar nach wie vor nationalsozialistische Ideologie, treten aber bürgerlich-dezent im Anzug auf und vertreten ihre Inhalte im Sinne der „Wortergreifungsstrategie“ auf nicht-rechten Veranstaltungen. Zum Teil leider recht erfolgreich. Die Zivilgesellschaft setzt derzeit rechtsextremen Biedermännern leider wenig entgegen. Sobald die Nazis sich an demokratischen Spielregeln halten, sich brav melden und niemand ins Wort fallen, dürfen sie die plattesten nationalsozialistischen Thesen vertreten, ohne dass jemand einschreitet. Stattdessen werden diejenigen des Saales verwiesen, die darauf hinweisen, dass sie nicht mit Nazis diskutieren wollen. Insgesamt reagiert die Zivilgesellschaft auf Rechtsextreme, die nicht-rechte Veranstaltungen stören, ziemlich hilflos. Es wurden in letzter Zeit einige Veranstaltungen abgebrochen, wenn dort Neonazis gepöbelt haben – statt dass die Veranstalter von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und die Rechtsextremen des Saales verweisen.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Baden-Württemberg derzeit ein und warum?

Ich erwarte kein neues Drittes Reich, aber natürlich finde ich es bedrohlich, wie verbreitet rechtsextreme Ideologiefragmente in der Gesamtbevölkerung sind, wenn Studien ergeben, dass 40 Prozent der Deutschen Deutschland „überfremdet“ finden und 15 Prozent der Bevölkerung rechtsextreme Einstellungsmuster vertreten.

Für die Opfergruppen der Rechtsextremen, Migranten, Linke, Behinderte, ist Rechtsextremismus natürlich auch eine konkrete Bedrohung. Immer wieder ziehen etwa Punker aus der Vorderpfalz nach Mannheim, weil sie in ihren Heimorten ständig angegriffen werden. Zwei Aktivisten eines Bündnisses gegen Rechtsradikalismus in Grünstadt wurden, nachdem sie einen neuen Laden mit rechtsextremen Marken in Augenschein genommen und fotografiert hatten, von einer Gruppe Neonazis umzingelt, geschlagen und zur Herausgabe der Fotos genötigt. Nachts wurden bei beiden die Scheiben eingeworfen und die Reifen ihrer Autos aufgeschlitzt. Der Vorfall ging durch die Presse. Leider wollen die Betroffenen aber nicht, dass der Übergriff weiter öffentlich thematisiert wird – das spricht leider für das Klima der Angst, dass bei Menschen vorherrscht, die sich gegen Rechts in der Vorderpfalz engagieren. Die Betroffenen erfahren auch kaum Solidarisierung aus ihrem Umfeld und ihren Parteien.

Bayern: Umweltverbundene Waffennarren Folge 2 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland – eine Momentaufnahme



Rechtsextremismus in Bayern heißt unter anderem: ein breit gefächertes Angebot für Radikale bis Spießler, ein besonderes Interesse für Umweltschutz und eine gefährliche Vorliebe für Waffen - und fast kein zivilgesellschaftliches Engagement dagegen. Interview mit dem engagierten Fachjournalisten Robert Andreasch.

Robert Andreasch ist Journalist mit Arbeitsschwerpunkt Rechtsextremismus. Er arbeitet unter anderem für der rechte rand, blick nach rechts, Spiegel-TV, Report Mainz, Süddeutsche Zeitung.

Wie sieht Rechtsextremismus in Bayern derzeit aus?

Laut Bundesamt für Verfassungsschutz leben in Bayern die meisten Neonazis. Deshalb ist hier die Dynamik der Szene sehr hoch. Gruppen verändern sich schnell, Organisationsansätze werden ausprobiert, es gibt viele Konzerte, viele Veranstaltungen. Bis vor wenigen Jahren waren die Kameradschaften die wichtigste Organisationsform in der bayerischen extrem rechten Szene. Jetzt hat die NPD ihnen erstmals den Rang abgelassen, denn im Moment engagieren sich große Teile der Szene für die NPD. Wichtige Konzepte für die bundesweite NPD wurden in Bayern erdacht – etwa auch die Strategie für den sächsischen Wahlkampf. Nicht zuletzt stammen führende NPD-Köpfe aus Bayern wie der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt und auch Holger Apfel, der stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der sächsischen NPD-Fraktion im Landtag, wohnte früher dort. Die Zahl von Neonazi-Konzerten und auch die Zahl rechter Gewalttaten steigt beständig – dies umfasst Randalen und rassistische Übergriffe wie auch Brandanschläge und Friedhofsschändungen. Allerdings gibt es, soweit ich weiß, bisher keine „national befreite Zonen“ mit politischer Hegemonie oder permanenter Straßengewalt. Dafür ist Bayern Sitz wichtiger rechter Infrastruktur. Die

Zeitung „Nation und Europa“ und das DVU-Organ „Nationalzeitung“ kommen aus Bayern, außerdem gibt es in Inning am Ammersee die Verlagsgesellschaft Berg. Wichtige Figuren sind z. B. der in Oberbayern wohnende Horst Mahler oder der Publizist Jürgen Schwab, der u.a. für altermedia und die Deutsche Stimme schreibt. Einige wichtige Versände beliefern die Nazis von Bayern aus, beispielsweise der Wikingerversand, der seinen Sitz in Geiselhörning hat.

Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Ansätze rechter Hegemonie unter Jugendlichen gibt es in Franken, um Wunsiedel und Hof herum, wo auch der Kameradschaftsbund Hoch-Oberfranken aktiv ist. Auch im Main-Spessart-Gebiet und um Aschaffenburg und Würzburg gibt es viele Aktivitäten. In München gibt es die Kameradschaft München, die ziemlich in der NPD / JN aufgegangen zu sein scheint, und als Sammelpunkt für autonome Nationalisten (und Überbleibsel des ehemaligen Freien Widerstand Süddeutschlands) „Nationales München“. Regelmäßig gründen sich Kameradschaften neu oder um, z. B. der Widerstand Weißenburg und der Widerstand Weiden in der Oberpfalz.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Die NPD hat in Bayern 36 Kreisverbände und eine Basis von über 1000 Mitgliedern – das sind fast dreimal so viele wie in Mecklenburg-Vorpommern! Dies wurde möglich durch den „Volksfront-Gedanken“ in der rechtsextremen Szene, der seit einigen Jahren in Bayern äußerst konsequent umgesetzt wird. Vorher war die Szene klein-klein organisiert, in Deutschlandbewegung, DVU, Kameradschaften, Republikaner. Jetzt engagieren sich die meisten für die NPD. Militantere Strategien, wie sie etwa die Kameradschaft von Martin Wiese mit den Bombenanschlagsplänen auf den Synagogenneubau von München verfolgte, stehen jetzt stark unter dem Auge des Gesetzes. Aktivisten, die früher in der Kameradschaftsszene wichtig waren, beispielsweise in der 2004 verbotenen Fränkischen Aktionsfront, arbeiten jetzt für die NPD.

Die NPD deckt auch mehr und mehr den sog. Freizeitbereich ab, der früher fest in Kameradschaftshand war, Konzerte, Aktionstage, Angebote für Familien oder Jugendliche. Das sind jetzt entweder NPD-Veranstaltungen oder sie laufen unter „Volksfront“-Decknamen. In der Öffentlichkeit wenig Präsenz zeigt die DVU, die in München-Pasing ihre Bundeszentrale hat,

etwas mehr die Deutsche Partei, die viele ehemalige Republikaner-Anhänger aufnahm.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Die bayerischen extrem Rechten scheinen seit kurzem eine Affinität zu Umweltschutz-Themen zu haben. In Bayern gibt es außerdem immer wieder bewaffnete Gruppierungen. Neben der Wiese-Kameradschaft sei an die Wehrsportgruppe Süd erinnert, deren Waffenlager 2005 entdeckt wurde. Sie hatte 44 Mitglieder und ein Waffenlager, das unter anderem Maschinengewehre, Maschinenpistolen, gut ein Kilogramm Sprengstoff, die Bordkanone eines Bundeswehr-Jets, Panzergranaten, Handgranaten, Sprengzünder, sowie über eine Tonne Munition enthielt. Im November 2006 fanden sich bei Neonazis im Raum Rosenheim mehr als 100 einsatzfähige Waffen. Dieser starke Hang zu Waffen ist wahrscheinlich in der bayerischen Gesellschaft verankert. Einen Schützenverein gibt es in jedem Dorf. Es ist auf den Dörfern offensichtlich üblich, Militaria zu sammeln, so dass es vermutlich schlicht weniger auffällt, wenn jemand einen Schrank voll Waffen zuhause hat.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Generell ist die Angebotsbreite in Bayern sehr hoch. Es gibt Angebote für rechtsextreme Radikale, für Spießer, für Umweltschützer, für Familien. Die Aktivitäten reichen von familiär-harmlosen kommunalen Veranstaltungen bis zu radikalen, militanten Aktionen. Mitten in München haben sie im August 2006 eine Mahnwache für Rudolf Hess offiziell angemeldet und abgehalten – und keinen in den Behörden hat es offenbar gestört! Zugleich ist das der Spagat, den die NPD Bayern ausbalancieren muss: zwischen einem bürgerlichen Erscheinungsbild und dem Image, das keiner so hart und radikal ist wie sie. Eine Figur, an der dieser Konflikt deutlich wird, ist Norman Bordin, führender Kameradschaftsaktivist und inzwischen NPD-Mitglied, an dessen illegalen und gewalttätigen Aktivitäten sich die Geister scheiden. Viele bürgerlich orientierte NPD-Mitglieder würden ihn gern aus der Partei ausschließen, fürchten wohl aber, dass dann alle Neu-NPDler aus dem Kameradschaftsspektrum verärgert austräten.

Thematisch beschäftigen sich die Rechtsextremen mit dem historischen Nationalsozialismus, huldigen etwa Rudolf Hess oder dem extrem rechten

Selbstmörder Reinhold Elstner, der sich 1995 mit 75 Jahren auf den Treppen der Feldherrenhalle mit Benzin übergoss und anzündete, um gegen die „Verteufelung eines ganzen Volkes“ nach dem 2. Weltkrieg zu protestieren. Sie beschäftigen sich aber auch mit neuen Themen wie Antikriegs-Aktivitäten und Friedensbewegung, Globalisierung, Antikapitalismus und Genfood. In München versuchen sie sich an den Protest gegen den Ausbau des Münchner Flughafens zu hängen, was dessen zivilgesellschaftliche Gegner mittlerweile nicht mehr so blauäugig geschehen lassen.

In Bayern finden außerdem besonders viele Nazi-Konzerte statt – offiziell ist von 26 Konzerten die Rede, doch allein, wenn man unter anderem die Polizei-Pressemitteilungen eines Jahres zusammenzählt, kommt man auf mindestens 60 Konzerte.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Bayern derzeit ein und warum?

Für die Lokalwahlen im März 2008 wird sich die NPD auf einige Städte konzentrieren, sie müssen hier keine 5-Prozent-Hürde überwinden, um im Stadtrat zu sitzen. Noch bessere Chancen hat die NPD vermutlich unter dem Mantel lokaler Initiativen wie der „Initiative Ausländerstopp“ in Nürnberg. Hauptziel der NPD-Arbeit wird die Landtagswahl im Herbst 2008 sein, bei der sie sich große Chancen ausrechnen, weil nirgendwo der Anteil von BürgerInnen mit extrem rassistischer, antisemitischer und chauvinistischer Einstellung so hoch ist wie hier. Die NPD will sich im Zuge der „Normalisierungstaktik“ als „normale“ akzeptierte politische Kraft im Bewusstsein etablieren, im Wahlkampf ist mit hunderten Veranstaltungen und Infotischen zu rechnen. Grundsätzlich nehme ich aber an, dass die NPD in Bayern schlecht punkten wird. Die Leute mit extrem rechten Einstellungen wählen überwiegend nicht rechtsextrem. Allerdings stimmen viele den Aussagen stillschweigend zu. Ein Problem ist die mangelnde politische Arbeit in Bayern und oft fehlende zivilgesellschaftliche nicht-rechte Aktivitäten. Auch die CSU zerbröckelt, und die NPD bietet sich als Lückenfüllerin an.

Gefährlicher aber finde ich, dass Rechtsextremismus in Bayern oft mit Naivität, Desinteresse und Ignoranz begegnet wird. Zudem gibt es ein massives staatliches Misstrauen gegen Antifa-Arbeit. Wer sich in Bayern

gegen Rechtsextremismus engagiert, kriegt schnell Ärger mit den Behörden. Das hat massiven Einfluss auf das Auftreten der Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel bei Neonazi-Aufmärschen – da gehen viele nicht mehr auf die Straße, weil sie Angst vor Repressionen haben. Ein anderes Problem ist, dass es neben der „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (A.I.D.A. e. V).“ in München fast keine zivilgesellschaftlichen Einrichtungen gibt, die in Bayern gegen Rechtsextremismus arbeiten. Für Bürger und Parteien gibt es so kaum AnsprechpartnerInnen außer dem bayerischen Verfassungsschutz. Mehrere Gruppen der autonomen Antifa bemühen sich redlich, aber AnsprechpartnerInnen, die sich hier persönlich engagieren, sind oft nur den eh eingeweihten Kreisen bekannt. Dadurch, dass nur wenige Initiativen Kenntnis über rechte Aktivitäten und Strukturen haben und in der Lage sind, z.B. Pressemitteilungen zu verfassen, ist es dann auch mit einer qualitativ guten Medienpräsenz zum Thema in vielen Regionen nicht weit her.

Berlin: Rechtsextreme Erlebniswelten in einer symbolträchtigen Stadt Folge 3 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Berlin gilt als Geburtsstätte der Nationalen Autonomen und der Anti-Antifa-Arbeit und besitzt für Rechtsextreme aus Kameradschafts- bis NPD-Spektrum als "Reichshauptstadt" besonderen Symbolcharakter. Welche Strategien sie verfolgen, berichtet Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR).

Bianca Klose ist Leiterin der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“ (MBR).

Wie sieht Rechtsextremismus in Berlin derzeit aus?

Rechtsextreme Parteien konnten bei der Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordnetenversammlungswahl 2006 in die BVVen der Bezirke Treptow, Marzahn, Lichtenberg, Neukölln und Pankow einziehen – in drei Bezirken sogar in Fraktionsstärke. Die freien Kameradschaften sind derzeit in einer Phase der Reorganisation und treten eher in losen Verbänden für Aktionen in Erscheinung. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Lagern ist sehr stark. Im letzten Jahr hat es fast eine Verdopplung rechtsextremer Gewalt gegeben.

Wie zeigt Rechtsextremismus sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Es gibt in Berlin Orte, an denen Rechtsextreme Dominanzverhalten zeigen. Dort kommen viele Dinge zusammen: rechtsextremes Wahlverhalten, meist wohnen dort wichtige Aktivisten der Szene, es gibt rechtsextreme Infrastruktur wie Kneipen oder Geschäfte. Insgesamt bietet Berlin Rechtsextremen eine klassische urbane Situation. Es gibt Musiknetzwerke, Konzerte, Geschäfte, in denen sie sich ausstatten können. So kommt es in etlichen Sozialräumen zu einer kulturellen Dominanz durch rechtsextremen

Lifestyle, also Kleidung, Musik, Sprüche, Haltungen. Diese Phänomene lassen sich in Sportvereinen, Diskos, Kneipen, auf Straßenfesten und in Schulen beobachten. Die Menschen, die rechtsextreme Angebote im vorpolitischen Raum nutzen, sind in ihrer Mehrheit keine organisierten Rechtsextremen, aber sie stimmen Teilen der Ideologie zu, zum Beispiel den rassistischen Einstellungen, sind für rechtsextreme Aktivisten ansprechbar und schaffen insgesamt ein Klima, das es schwer macht, nicht-rechte Einstellungen zu äußern. Die Rechtsextremen oder aber auch die Rechtsextrem-Orientierten, die im öffentlichen Raum als diese eindeutig erkennbar sind, gehören in der Regel zum unorganisierten Teil der Szene. Sie sind eine große Bedrohung für potenzielle Opfer. Sie stellen jene Tätergruppe, die rassistische Gewalt verüben – oft spontan, aber nicht unpolitisch, denn sie suchen ihre Opfer ja gezielt aus rassistischen Gründen aus. Anders ist das mit den Angriffen auf linke und alternative Menschen in Stadtteilen wie Friedrichshain und Prenzlauer Berg, bei denen wir derzeit eine starke Zunahme feststellen müssen: Diese Übergriffe werden zu einem großen Teil auch von organisierten Rechtsextremen verübt, die maskiert und bewaffnet gezielt (vermeintliche) politische Gegner angreifen.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Der Landesverband der NPD geht in Berlin derzeit stark in die Offensive, auch wenn die Partei hier eigentlich recht schwache Strukturen hat. Das wird allerdings dadurch aufgefangen, dass es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der NPD und den freien Kameradschaften gibt, die in Berlin praktisch die Arbeit von NPD-Ortsstrukturen übernehmen, zum Beispiel das Plakatieren im Wahlkampf. Es gibt auch etliche personelle Überschneidungen.

Die Kameradschaftsszene organisiert sich derzeit - nach dem Verbot der Kameradschaften Tor und deren Mädelsgruppe und der Berliner Alternative Südost (BASO) 2005 – weniger in festen Gruppen, sondern findet sich anlassbezogen für Aktionen zusammen. Dabei werden bereits bestehende Labels in veränderten Personenkonstellationen genutzt. Es gibt einen relativ kleinen Personenkreis, der sich aus ideologisch gefestigten Kadern zusammensetzt und Aktionen plant und organisiert, zu denen eine weitaus größere Zahl freier Aktivisten mobilisiert werden kann. Das konnten wir etwa bei der Störung von Wahlkampfveranstaltungen oder beim Schutz der NPD-Infostände im Wahlkampf beobachten. Es sind zum großen Teil die gleichen

Rechtsextremen, die vorher in den verbotenen Kameradschaften aktiv waren. Jetzt agieren sie unter Labels wie „Freie Kräfte Berlin“, „Autonome Nationalisten Berlin“ oder sogar legal unter dem Dach der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten (JN)“.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Die Berliner Rechtsextremen hatten ja eine Vorreiterrolle bei der Kopie linksautonomen Verhaltens. Sie betreiben Mimikry, imitieren im Outfit den so genannten Schwarzen Block, um politische Gegner zu irritieren und um für sich neue Aktionsfelder zu erschließen. Eine weitere Berliner Spezialität ist es, dass sich hier die rechtsextremen Erlebniswelten äußerst stark verdichten. Es gibt rechtsextreme Biedermänner, rechtsextreme Hooligans, Kameradschaften, NPD-Treffen, rechtsextreme Rocker, Tattoo-Studios und sonstige rechtsextreme Infrastruktur. Da findet praktisch jeder ein Angebot. Es gibt kaum noch eine Jugendkultur ohne rechtsextreme Orientierung. Diese scheinbare Normalität bietet kaum noch Brüche oder Ansatzpunkte zum Eingreifen. Außerdem sind rechtsextreme Kleidung, Musik und Läden eine lukrative Verdienstmöglichkeit.

Bei der NPD spielt es natürlich eine Rolle, dass sich in Berlin die Zentrale der Partei befindet und die Rechtsextremen im Zuge eines von ihnen proklamierten „Marsches auf die Reichshauptstadt“ hier auch ihre Bundesparteitage abhalten.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Die NPD meldet sich im Rahmen ihres so genannten „Kampfes um die Rathäuser“ und in den BVV-Versammlungen zu Wort. Sie versucht dabei, eine anwaltliche Rolle für aktionsorientierte Rechtsextreme zu spielen und greift deren Themen auf, was etwa in der Forderung nach einem rechtsextremen „Nationalen Jugendzentrum“ sichtbar wird. Außerdem nutzt sie ihren Status als gewählte Partei, um einerseits Events für die Szene und andererseits anzukündigen, eine Welle öffentlicher Veranstaltungen zu organisieren. Das soll die Szene nach innen stärken, mediale Öffentlichkeit erregen, bisher verschlossene Räume zum Beispiel in öffentlichen Gebäuden erobern und engagierte Gegner ermatten. Zugleich werden von der NPD in der Regel scheinbar unverfängliche, bürgernahe Themen aufgegriffen. Damit will die NPD ihr Image als schmutzige Hinterzimmer-

Partei loswerden und signalisieren, dass sie eine wählbare Alternative darstellt. Man kann dieses Vorgehen als „Normalisierungsstrategie“ bezeichnen. Leider stellen sich diese Bemühungen als in Teilen erfolgreich dar. Die breite Bevölkerung ist verunsichert und zieht möglicherweise den fälschlichen Schluss: Wenn die NPD durch Wahlen demokratisch legitimiert ist, müsse sie doch auch demokratisch sein.

Strategien des außerparlamentarischen Rechtsextremismus sind Propaganda, Störungen von demokratischen Veranstaltungen, gezielte Einschüchterungsversuche gegen nicht-rechte Menschen. Es gibt eine Zunahme von Gewalt gegenüber politischen Gegnern. Außerdem haben die Rechtsextremen ihre „Anti-Antifa-Arbeit“ professionalisiert, zeigen etwa politische Gegner an, um über gerichtliche Verfahren an personenbezogene Daten und Informationen über die Betroffenen zu gelangen. Während des Wahlkampfes 2006 gab es eine hohe Frequenz rechtsextremer Aktivitäten aus dem aktionsorientierten Spektrum, über die sie zumindest versucht haben, ihre Dominanzansprüche zu demonstrieren.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Berlin derzeit ein und warum?

Die Zunahme rechtsextremer Gewalt und das vermehrte Ausspionieren von Engagierten, wie oben beschrieben, ist natürlich ganz konkret bedrohlich. Der letzte Wahlkampf hat zudem gezeigt, dass die NPD-Wähler in Berlin diese rechtsextreme Partei bewusst gewählt haben. Sie gaben der NPD ihre Stimme, obwohl die NPD einen äußerst gewalttätigen Wahlkampf geführt hat und schlechte Presse im Vorfeld hatte - von einer Protestwahl kann daher keine Rede sein.

Ein weiteres Problem ist eine rechtsextreme Ästhetisierung des Alltäglichen, die es immer schwerer macht, gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Rechtsextreme Musik ist weit verbreitet, Schlüsselanhänger mit Runen, Biergläser mit entsprechender Symbolik – all das ist auch bei nichtrechten Jugendliche beliebt, bei denen man aufgrund nicht vorhandenen Problembewusstseins die ideologischen Bezüge kaum hinterfragen kann. Und wenn solche Artikel, man erinnere sich an die Kollektion von Thor Steinar, in normalen Geschäften erhältlich sind – wie soll da noch jemand wissen, ob ein Jugendlicher das Shirt aus Versehen oder bewusst gekauft hat?

Brandenburg: Gefährliche Ruhe zieht Kader an Folge 4 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland – eine Momentaufnahme



Fremdenfeindlichkeit.

Kameradschaften lösen sich selbst auf, Konzerte gibt es wenige: Auf den ersten Blick scheint Brandenburg ruhiger als seine Nachbarländer, was Rechtsextremismus angeht. Dafür siedeln im Speckgürtel um Berlin immer mehr wichtige rechtsextreme Köpfe. Damit umzugehen, muss die Zivilgesellschaft erst einmal lernen, berichtet Anna Spangenberg vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und

Anna Spangenberg ist Leiterin der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.

Gibt es in Brandenburg Schwerpunkt-Regionen des Rechtsextremismus?

Ein klarer Schwerpunkt ist der Süden Brandenburgs. Dort gibt es enge Kontakte der örtlichen NPD-Kader mit den sächsischen Strukturen. Die Organisation von Veranstaltungen etwa geht über die Ländergrenzen hinweg Hand in Hand. Dann gibt es viele Aktivitäten in der Region um Berlin herum, im sogenannten „Speckgürtel“. Hier wohnen viele NPD-Aktivisten, die neben ihrer Arbeit in Berlin auch vor Ort versuchen sich kommunalpolitisch einzumischen.

Brandenburg kann als das Mutterland der DVU beschrieben werden. Obwohl die DVU in Brandenburg mit sechs Abgeordneten im Landtag sitzt, ist sie derzeit praktisch nicht wahrzunehmen. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass die DVU primär durch ihren Vorsitzenden in München gesteuert wird, hier im Lande aber kaum verankert ist.

Spürbar wichtigste Partei ist derzeit die NPD. Nicht nur das ihre Mitgliederzahlen jährlich steigen, auch die Gründung und Reaktivierung von

NPD-Kreisverbänden sind deutliche Zeichen, dass die NPD nach kommunaler Verankerung strebt, um für die Kommunalwahlen 2008 zu kandidieren. Viele ihrer Veranstaltungen richtet sie offensiv auf dieses Thema ein und versucht sich stärker an der öffentlichen Meinungsbildung vor Ort zu beteiligen. Es bleibt zu beobachten, was sich da entwickelt. Dies könnte das Ende des „Deutschlandpaktes“ der DVU und der NPD werden.

Die Kameradschaftsstrukturen ordnen sich derzeit neu, seitdem wichtige Kameradschaften verboten wurden oder sich selbst aufgelöst haben, um einem Verbot zuvor zu kommen. So wurde vor zwei Jahren die Kameradschaften „Hauptvolk“ und „Sturm 27“ aus dem Westhavelland verboten und im letzten Jahr lösten sich drei Kameradschaften im Süden Brandenburgs selbst auf: die Lausitzer Aktionsfront, der Sturm Cottbusser und die Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg. Diejenigen, die in den Kameradschaften aktiv waren, treten jetzt zum Teil aus taktischen Erwägungen in NPD-Strukturen ein.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Von dem Soldatenfriedhof in Halbe mal abgesehen, kann Brandenburg nicht so sehr als ein rechtsextremes „Aufmarschgebiet“ bezeichnet werden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern gibt auch nicht sehr viele rechtsextreme Konzerte. Das liegt zum Einen daran, dass die repressiven Maßnahmen in Brandenburg immens sind und wohl zu greifen begonnen haben – aber auch, dass das Angebot in den benachbarten Bundesländer ausreichend ist und man leicht dort zu Konzerten fahren kann. Allerdings ist auffällig, dass viele NPD-Kader in den letzten Jahren in den Speckgürtel um Berlin gezogen sind – offenbar haben sie den Eindruck, dort ungestört von politischen Gegnern agitieren zu können. Sie betreiben dort Unterstützer-Organisationen der rechtsextremen Szene wie das Deutsche Rechtsbüro. Viele NPD-Kader engagieren sich unauffällig in lokalen Vereinen, um Kontakte zu knüpfen und eventuell eine Kandidatur für die Kommunalwahlen vorzubereiten. Der Bund „Heimatreue Deutsche Jugend“, die Nachfolgeorganisation der Wiking-Jugend, organisiert jedes Jahr Zusammenkünfte in Brandenburg, an dem zum Teil bis zu zweihundert Leute teilnehmen – was kaum öffentlich thematisiert wird.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Grundsätzlich lässt sich festhalten: Brandenburg ist ein Flächenland mit den entsprechenden demographischen Problemen im ländlichen Raums. Stichworte sind hier: Abwanderung und abnehmende Infrastruktur. Gerade in den „abgehängten“ Regionen entstehen Freiflächen für Nationale, die soziale und kommunalen Themen aufgreifen und damit Punkte machen. So versucht die aufgelöste Kameradschaft „Hauptvolk“ aus dem Westhavelland sich neue Organisationsformen zu geben: z. Bsp. als Fußballverein und nennt sich „Sportsfreunde 06“. Ein NPD-Funktionär hat ihnen einen Zugang zu einer Sporthalle besorgt, in der sie trainieren. Von dort aus melden sie sich für Fußballturniere im ganzen Land an – und die Veranstalter ahnen in der Regel nicht, wen sie sich da auf den Platz holen, und lassen sie gewähren. Und selbst wenn die veranstaltenden Vereine erkennen, dass die „Sportsfreunde 06“ Rechtsextreme sind, lassen sie sie in der Regel teilnehmen, so lange sie keinen Ärger machen. Konzepte für den Umgang mit von Rechtsextremen unterwanderten Vereinen fehlen bisher noch vollständig. Ein anderes aktuelles Beispiel für unauffälliges soziales Engagement in Brandenburg ist Stella Palau, Familienbeauftragte des Bundesvorstands der NPD, Vorsitzende des Rings Nationaler Frauen und Mitglied im Landesvorstand der Berliner NPD. Außerdem ist sie verheiratet mit dem „nationalen Liedermacher“ und Bundes- NPD- Medienchef Jörg Hähnel. Die Familie wohnt seit einem Jahr in Hohen Neuendorf. Palau hat sich schnell im örtlichen Familienzentrum und im Kinderturnverein engagiert, Mütter-Frühstücke organisiert, Familien beraten. Ihre Kolleginnen ahnten nichts von der politischen Gesinnung. Als diese bekannt wurde, waren nicht nur die anderen Frauen entsetzt. Mit Unterstützung des Mobilien Beratungsteam hat sich dann eine Bürgerinitiative gegründet, die aufklärend in der Kommune und Region aktiv ist. Nach ihrem „Outing“ geht Palau nun offensiv mit der Situation um und gab bekannt in die Kommunalpolitik gehen zu wollen.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Brandenburg derzeit ein und warum?

Ich möchte das Bedrohungspotential von Rechtsextremismus eigentlich nicht überhöhen und den Neonazis zu viel Ausstrahlung zutrauen. Noch fehlen ihnen in Brandenburg Persönlichkeiten. Es wäre allerdings gefährlich, wenn es ihnen gelingen sollte, in „abgehängten“ Kommunen zu punkten und

in die Kreistage einzuziehen. Dann bekommen sie das Potenzial, Entwicklungen und demokratische Partizipation zu blockieren, können am Ende gar über die geplanten lokalen Aktionspläne gegen Rechtsextremismus mitentscheiden! Für die potenziellen Opfer rechter Gewalt stellt Rechtsextremismus noch mal eine ganz andere Gefahr dar. Die Zahl registrierter Gewalttaten ist 2006 zwar offiziell gesunken, aber auf sehr hohem Niveau. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt Brandenburg immer noch am zweiten Platz. Der Trend bei den Angriffen geht deutlich in Richtung Einschüchterung von politischen Gegnern.

Bremen: Eine kleine, aber gewalttätige Szene **Folge 5 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland – eine Momentaufnahme**



In Bremen gibt es nur eine geringe Zahl Rechtsextremer - die sich aber auf ungute Weise mit Fußballhooligans einerseits und ihren niedersächsischen Kollegen andererseits zusammen tun. Das Ergebnis ist oft genug Einschüchterung und Gewalt, berichtet im Interview Soziologe und Buchautor Cornelius Peltz.

Cornelius Peltz, Soziologe und Buchautor, ist seit acht Jahren in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur aktiv. Er veranstaltet unter dem Titel „Demokratie ist Pop“ – Jugendbildung für Respekt und Courage Workshops für Schule und Jugendarbeit, berät Eltern rechtsextrem orientierter Jugendlicher und arbeitet derzeit in der Jugendbildungsstätte LidiceHaus in Bremen im Rahmen des Lokalen Aktionsplans der Stadtgemeinde Bremen.

Wie sieht Rechtsextremismus in Bremen derzeit aus?

Der Verfassungsschutz betrachtet den Rechtsextremismus in Bremen, eher als ein randständiges Problem. Die Kolleginnen und Kollegen, die in Bremen und im Umland zu den Themen Rechtsextremismusbekämpfung und Demokratienentwicklung arbeiten, kommen jedoch zu einer anderen Einschätzung. Rechtsextremismus in Bremen hat unterschiedliche Erscheinungsformen. Einerseits gibt es die rechtsextremen Parteien, die versuchen, Einfluss zu gewinnen, insbesondere die Partei „Bremen muss leben“. Bei der Bürgerschaftswahl erteilten ihnen die Wähler und Wählerinnen allerdings eine deutliche Abfuhr. Geschäftsführer der „Deutschen Konservativen“ ist der Journalist und Buchautor Joachim Siegerist.

Andererseits gibt es freie Kameradschaften (z.B. die Kameradschaft Wesersturm) sowie rechtsextreme Skinheadgruppierungen (z.B. Hammerskins und Backstreet Skinheads).

Geht man von den Wortführern in allen Bereichen aus, lässt sich der harte Kern der extremen Rechten in Bremen auf 20 Personen schätzen. Das Mobilisierungspotential liegt mit ca. 300 Personen weit höher. In diese Zahl rechne ich auch Personen aus der gewaltbereiten und teilweise rechtsextrem orientierten Hooliganszene ein.

Wie zeigt der Rechtsextremismus sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Die Region Bremen-Nord war und ist Treff- und Ausgangspunkt rechtsextremer Akteure und Aktionen gewesen. Im Jahr 2000 plante ein Neonazi dort einen Rohrbombenanschlag auf ein Hochhaus, in dem viele MigrantInnen wohnten. Der Anschlag konnte kurz vorher verhindert werden. Zudem lebt der stellvertretende Vorsitzende der NPD Bremen-Stadt und Betreiber des „Heimdall-Shops“ in Bremen-Nord.

Zweites Aktionsfeld der extremen Rechten (insbesondere der NPD) sind derzeit vor allem die sozial eher benachteiligten Stadtteile Gröpelingen und Walle. Hier leben viele Menschen mit einem Migrationshintergrund. Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen Alteingesessenen und MigrantInnen nimmt die NPD zum Anlass, ihre „nationale Propaganda“ in Form von Demonstrationen und Infoständen in der Öffentlichkeit zu transportieren. Zudem versucht die NPD in Gröpelingen eine Immobilie als Parteizentrale zu erwerben.

Der Agitation der NPD steht im Stadtteil jedoch ein breites „Bremer Bündnis gegen Rechts“ gegenüber, das u.a. den Ankauf einer Immobilie zu verhindern sucht.

Welche sind die wichtigsten rechtsextremen Organisationen?

Die DVU ist seit 1999 durch Sigfried Tittmann in der Bremer Bürgerschaft vertreten. Tittmann ist mittlerweile stellvertretender Bundesvorsitzender der DVU. Die DVU gilt in Bremen – ähnlich wie die Partei „Bremen muss leben“

- eher als Altherrenpartei. Für die extreme Rechte ist die NPD von größerer Bedeutung. Im Rahmen des „Deutschland-Paktes“ zwischen DVU und NPD ist die NPD bei der Bürgerschaftswahl aber als Partei nicht angetreten, stellte jedoch eigene Kandidaten auf den Listen der DVU auf, insbesondere bei der Wahl zum Beirat in Gröpelingen.

Weitere rechtskonservative Parteien in Bremen sind u.a. „Bremen muss leben“, die „Deutsche Christliche Partei“ sowie der „Verein Bürger in Wut“.

In der freien Szene sind die so genannten freien Kräfte (Kameradschaften und Skinheadfraktionen) von zentraler Bedeutung. Hervorzuheben sind hier die Kameradschaft Wesersturm sowie die „Backstreet Skinheads“.

Eine Scharnierfunktion zwischen subkulturellen Zusammenhängen und organisierten Rechten scheint die Hooligangruppierung „Standarte“ einzunehmen. Mitglieder der Standarte sind u.a. einschlägig bekannte Neonazis. Pikant ist, dass Einzelpersonen als Türsteher auf der Bremer „Discomeile“ arbeiten. Im Januar 2007 verübten Mitglieder der Standarte einen brutalen Überfall auf eine Fanfeier im Ostkurvensaal des Bremer Weserstadions, weil zuvor Mitglieder der Standarte des Saales verwiesen wurden, da sie Kleidungsstücke der Marke „Thor Steinar“ trugen und sich weigerten, diese auszuziehen.

Außerdem kommen drei bekannte Rechtsrock-Bands aus Bremen: Endstufe, Endlöser und aus dem Hooligan-Milieu Kategorie C, die sich inzwischen in zwei Bands aufgesplittet hat: KC Hungrige Wölfe und Vollkontakt.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Zu den NPD-Aktivistinnen in Bremen gehört Gabriela Yardim. Die Frau war mit einem Türken verheiratet. Ihr Engagement wird in der rechten Szene vor diesem Hintergrund kontrovers diskutiert.

Eine weitere Besonderheit ist die starke Verbundenheit der Bremer und der niedersächsischen rechtsextremen Szene. Stadt und Umfeld müssen z.B. bei Aktionen immer zusammen gedacht werden. Die niedersächsischen Rechtsextremen sind jederzeit für Aktionen in Bremen aktivierbar. Andersherum wird der „Heisenhof“ in Verden immer mehr zu einem

rechtsextremen Jugendfreizeitheim und offeriert sich interessierten Bürgern als freundliche Anlaufstelle der Rechtsextremen.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie? Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Bremen derzeit ein und warum?

Auffällig ist, dass die Rechtsextremen enorm an Selbstbewusstsein gewinnen und offensiv gegen ihre (politischen) Gegner vorgehen. So klagte beispielsweise ein stadtbekannter Hooligan erfolgreich gegen eine bremer Monatszeitschrift, in der er als Neonazi betitelt wurde, diese Bezeichnung jedoch nicht ausreichend belegt werden konnte. Während der Gerichtsverhandlung hielten sich zahlreiche Szeneaktivisten vor dem Gerichtssaal auf und anwaltlich wurde der Hooligan durch Gisela Pahl vom „Deutschen Rechtsbüro“ vertreten.

Die extreme Rechte in Bremen setzen zunehmend auf die „Strategie der Wortergreifung“ im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen und Internetforen. In diesen Diskussionen gerieren sie sich als „Kümmerer“ und „wahre Demokraten“. Neben der Wortergreifung setzt die extreme Rechte auch auf die „Strategie der Einschüchterung“. Sie besuchen u.a. Veranstaltungen (versuchen zu filmen und zu fotografieren), bei denen beispielsweise über Rechtsextremismus in der Region informiert wird. Sie treten zunehmend nett und adrett auf und werden immer geschickter in ihren Argumentationen. An anderer Stelle werden in Bremen einschüchternde Anti-Antifa-Strategien eingesetzt: Rechtsextreme kommen zu Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus und filmen die Teilnehmenden und veröffentlichen in Internetforen Namen und Adressen von politischen Gegnern.

Im Fall des Standarteüberfalls auf die Feier einer antirassistischen Fangruppierung führte die massive Gewaltausübung dazu, dass die betroffenen Personen aus Angst vor weiteren Repressionen bisher von Anzeigen abgesehen haben.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird der Rechtsextremismus in Bremen (noch) weitgehend als wenig präsent und gefährlich eingeschätzt. Zudem gibt es in Bremen ein gut funktionierendes Netzwerk, das sich auf unterschiedlichen Ebenen für Vielfalt und Demokratie und gegen

Menschenfeindlichkeit und Gewalt engagiert. Nicht zuletzt der „Standarteüberfall“ zeigt aber, dass es Situationen gibt, in denen ein antirassistisches Selbstverständnis ausreicht, um auch in Bremen, Opfer brutaler Gewalt zu werden. Wenn man dann berücksichtigt, dass einzelne rechtsextreme Gewalttäter als Türsteher arbeiten und damit eine nicht unerhebliche Definitionsmacht bekommen, stimmt das mehr als nachdenklich...

Hamburg: Wo rechts rockt

Folge 6 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Hamburg hat eine alteingesessene rechtsextreme Szene, die fleißig mit den Nachbarländern kooperiert und besonders im Rechtsrock-Bereich aktiv ist. In der oft als so weltoffen benannten Hamburger Bevölkerung stößt das nicht nur auf Ablehnung, berichtet Fachjournalist Andreas Speit.

Andreas Speit ist Journalist, unter anderem für die taz. Rechtsextremismus ist eines seiner Spezialgebiete.

Wie sieht Rechtsextremismus in Hamburg derzeit aus?

Die Neonazi-Szene erstarbt in Hamburg im Moment. Nach einem längeren Streit um den Landesvorsitz der NPD ist nun der in der Kameradschaftsszene groß gewordene Jürgen Rieger der Vorsitzende, was mit einer deutlich engeren Zusammenarbeit der NPD mit den freien rechtsextremen Kräften Hamburgs einhergeht und in mehr Aktionen mündet. Seit Riegers Wahl im Februar 2007 suchen die Rechtsextremen offensiver die Auseinandersetzung mit nicht-rechten Kräften. Die NPD mischt sich bei aktuellen Problemen der Stadt ein und kümmern sich besonders um soziale Themen in sozialen Brennpunkten. Dazu machen sie eigene Veranstaltungen, stören aber auch diejenigen anderer Parteien oder Gewerkschaften, getreu dem Motto: „Keine Diskussion über Nazis ohne Nazis.“

Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Regionale Schwerpunkte sind Bramfeld, Bergedorf, Harburg. In Borgfeld gab es zuletzt auch wieder einen Neonaziladen, dem die Baugenossenschaft aber sofort nach der Eröffnung wieder gekündigt hat, als ihnen klar wurde, was für einen Mieter sie sich da ins Haus geholt

hatten. Zuvor hatte es länger einen Neonaziladen auf dem Reeperbahn-Kiez von St. Pauli gegeben – in Hamburg gibt etliche Verzahnungen zwischen Rotlichtmilieu, Fußball-Hooligan-Milieu und Neonazis. Hier musste die Zivilgesellschaft in Form von Antifa-Gruppen, Parteien und Anwohnern sehr viel massiver protestieren, bis dem Laden, der ein echter Anlaufpunkt für die Szene war, gekündigt wurde.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Einflussreichste Partei ist derzeit die NPD. Die Wahl Jürgen Riegers zum Landesvorsitzenden wurde sehr wohlwollend in der gesamten Szene aufgenommen, nicht nur, weil er als „echter Nationalist“ gilt, sondern auch, weil er mit Thomas Wulff zusammen praktisch der „Ziehvater“ der Hamburger rechtsextremen Szene ist, bei dem die führenden Kader der inzwischen verbotenen Strukturen wie „Hamburger Liste“ und „Hamburger Sturm“ gelernt haben. Damit hat der konservative Flügel der NPD klar verloren. Kandidieren soll in Hamburg aber nach wie vor die DVU. Die DVU macht hin und wieder „Stammtische“, ist aber eigentlich kaum präsent in der Öffentlichkeit.

Das Modell der „Freien Kameradschaften“ ist ja praktisch in Hamburg entwickelt worden, im Personenkreis um Thomas Wulff und das Aktionsbüro Norddeutschland. Allerdings wird es in Hamburg derzeit nicht mehr praktiziert. Seit 1999 der „Hamburger Sturm“ verboten wurde, gibt es keine festen Kameradschafts-Zusammenschlüsse mehr. Statt dessen finden sich die rund fünfzig bis hundert der freien Szene zuzurechnenden Rechtsextremen spontan für Aktionen zusammen, treten anlassbezogen etwa als Bürgerinitiative auf oder verabreden sich ohne Namen zu Störaktionen.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Hamburg lässt sich kaum vom gesamten norddeutschen Raum losgelöst betrachten. Die rechtsextreme Szene organisierte sich über das „Aktionsbüro Nord“ auch über Bundesländergrenzen hinaus. Die Erfolge der NPD in Mecklenburg-Vorpommern stärken insofern auch das Selbstbewusstsein und die Kampfbereitschaft in der Hamburger Szene, die jetzt „mehr schaffen“ will, was Wahlkampf und Konzerte angeht. Überhaupt spielen im Norden Rechtsrockstrukturen eine starke Rolle, die geschickt

organisiert sind und für Konzerte zum Beispiel bereits Ausweichorte jenseits der Landesgrenzen organisieren, falls sie befürchten, dass ihr Konzert in einem Bundesland verboten wird. Insofern ist es auch putzig, dass Hamburg sich immer rühmt, Schauplatz weniger rechtsextremer Konzerte zu sein – die finde in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern statt. Auch zu Rechtsextremen in Dänemark gibt es Kontakte, besonders im Rechtsrock-Bereich, aber mehr auf persönlicher „Man-kennt-sich“-Ebene als wirklich organisiert. Eine wirkliche Hamburger Spezialität ist es, dass das Durchschnittsalter der rechtsextremen Szene hier relativ hoch ist, um die 25 Jahre. Das geht mit einer anderen Verfasstheit der Szene einher: Sie ist alteingesessen und reproduziert sich – in verschiedenen Ausgestaltungen – immer wieder selbst. Das rechtsextreme Weltbild ist bei vielen geschlossen und tief verwurzelt.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Die NPD und die ihr verbundenen freien Kräfte versucht derzeit, sehr bürgernah aufzutreten und über soziale Fragen an neue Sympathisanten zu kommen. Sie machen zum Beispiel Stände auch mal – je nach Saison – als Weihnachtsmänner oder Osterhasen verkleidet und greifen Themen auf, die derzeit auf der Agenda stehen: Krieg und Militäreinsätze etwa, es gab auch vieles zum G8-Gipfel, der ja „um die Ecke“ stattfand. Diese Infostände sind nicht erfolglos. Wenn keine lautstarken Protestgruppen anwesend ist, gehen die Passanten da durchaus hin, hören sich die Meinung der NPDler an und diskutieren.

In Bergedorf mobilisieren die Rechtsextremen gegen einen geplanten Moscheebau. Dort treten sie als Bürgerinitiative auf und wirken tatsächlich auf den ersten Blick sehr bürgerlich und moderat. Es ist auffällig, dass diese Strategie zieht. Als die NPD etwa einen Aufmarsch gegen den geplanten Moscheebau zu organisieren versuchte, wurde es ein großer Misserfolg: Wenige Neonazis standen einer breiten Menge von Rechtsextremismus-Gegner gegenüber. Wenn es um Diskussionen im Stadtteil geht, an denen auch Bürgerinitiativen-Rechtsextreme teilnehmen, sieht die Stimmung schon ganz anders aus. Auch in Hamburg lässt sich die Bereitschaft erkennen, „mal was anderes“ hören zu wollen und die NPD als angeblich „demokratische Partei“ mitdiskutieren zu lassen. Wer an Hamburg denkt, denkt oft an die Weltoffenheit des internationalen Hafens, an die linke Hafenstraße und den bunten Kiez, so dass man schnell ausblendet, dass

die DVU nur knapp den Einzug in den Hamburger Senat verpasst hat und die rechtskonservative Schill-Partei in ihrer Glanzzeit 25 Prozent der Hamburger Wählerstimmen bekam!

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Hamburg derzeit ein und warum?

Die Rechtsextremen fühlen sich derzeit im Aufwind. Das lässt sich an der Art und Weise ablesen, wie sie offen rassistisch oder antisemitisch auf die Bevölkerung zugehen, weil diese ihnen auch das Gefühl vermittelt, dass sie aussprechen, was sich sonst keiner traut. Es zeigt sich aber auch deutlich an der steigenden Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Bedrohungen politischer Gegner werden deutlicher und dreister, ich habe es zuletzt sogar erlebt, dass in der Gegenwart von Polizisten Gewalt angedroht wurde. Es gibt auch in Hamburg Angsträume, von denen potenzielle Opfergruppen wissen: da gehe ich, zumindest zu bestimmten Nachtzeiten, lieber nicht hin. Man muss aber hinzufügen: Es gibt auch Stadtteile, in denen Nazis sich nicht frei bewegen können.

Es gibt gegen Nazis Widerstand von Antifa-Gruppen oder von Gruppierungen, die bei Parteien und Gewerkschaften angesiedelt sind, aber nur wenige zivilgesellschaftliche Initiativen wie etwa Schülerinnen und Schüler, die sich für „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ engagieren. Vielleicht ändert sich das ja damit, dass Hamburg jetzt auch Mittel für einen Aktionsplan beim neuen Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt“ beantragt und bekommen hat.

Mecklenburg-Vorpommern: Straff organisierte Vorzeige-Szene Folge 7 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Nirgendwo in Deutschland ist die rechtsextreme Szene so gut und vielfältig organisiert wie in Mecklenburg-Vorpommern. Auch die Vernetzung zwischen NPD und Kameradschaften ist eng. Das bedeutet viel Arbeit für das Mobile Beratungsteam für demokratische Kultur, zumal die Zivilgesellschaft oft noch nicht so fit ist, wie Mitarbeiterin Anja Schmidt berichtet.

Anja Schmidt ist Beraterin des Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern.

Wie sieht Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern derzeit aus?

Im September 2006 ist es der NPD in Mecklenburg-Vorpommern erstmalig gelungen, Erfolge bei der Landtagswahl zu verbuchen. Mit 7,3 Prozent und 6 Abgeordneten zog die Partei in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein. Im Vorfeld der Wahl traten fast alle führenden Kader der Kameradschaftsszene der NPD bei. Zum Teil finden diese sich jetzt auch in der Landtagsfraktion und ihren Mitarbeitern wieder. Im Zuge dieser Entwicklung ist die NPD auch für die radikalen, eher autonomen Gruppen wieder attraktiv.

Das Anfang der neunziger Jahre von Christian Worch entwickelte Konzept der freien Kameradschaften verfolgt den Ansatz, regional agierende autonome Gruppen zu schaffen und wurde vor allem in Ostvorpommern bzw. Uecker-Randow erfolgreich umgesetzt. In dieser Region entstanden Dachverbände, wie das Soziale und Nationale Bündnis Pommern für den Raum Ostvorpommern / Uecker-Randow oder die Mecklenburgische Aktionsfront für den Kreis Mecklenburg-Strelitz, unter denen sich ein Netz von Kameradschaftsgruppen, Initiativen und Einzelpersonen organisiert. Auch kleinste Gruppen können hier Mitglied werden und erfahren so

Rückendeckung und Unterstützung aus der Szene. Gesehen auf das gesamte Bundesland agiert die Kameradschaftsszene regional unterschiedlich. Der Aktionsradius bewegt sich zwischen gut organisierten, eher politisch handelnden Kameradschaften im Uecker-Randow-Kreis, Ostvorpommern und Mecklenburg-Strelitz, die u.a. Demonstrationen und Konzerte organisieren und über verschiedene Medien ihre Ideologie verbreiten, und etwa einer gewaltbereiten, mehr auf Aktionen orientierten Szene wie z.B. in Wismar.

Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern verfügt bis heute nur über gering ausgebaute Strukturen. Neben einigen Alt-NPDlern sind das zentrale Element die Kameradschaftsszene und ihre Führungskräfte. Sie engagieren sich aktiv in der Partei und prägen zunehmend das Gesicht der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Diese neuen Mitglieder der NPD sind scheinbar weniger steuerbar und verfolgen offen radikalere Ziele. Am deutlichsten manifestiert sich das um die Person Tino Müllers, der in den Kameradschaftsstrukturen in und um Ueckermünde seit Jahren aktiv ist und hier als Kader fungiert. Ihm gelang es nach seinem Parteieintritt, in den Landtag gewählt zu werden. Tino Müller ist kein Einzelbeispiel, sondern steht stellvertretend für einen Trend in der rechtsextremen Szene. Sie betrachtet die NPD montan als strategisches Element, um mehr Einfluss und Anerkennung in der Bevölkerung zu bekommen. Dabei setzen sie nicht auf eine wirkliche parlamentarische Arbeit, sondern versuchen eher, durch populistische Auftritte und die Einrichtung von Bürgerbüros vor Ort ihre Ideologie an der Basis zu verbreiten.

Der Verfassungsschutz spricht von rund 1200 Mitgliedern im rechtsextremistischen Spektrum. Die Zahl von Menschen, die zumindest Teilen rechtsextremer Ideologie zustimmen und von Rechtsextremen mobilisierbar sind, liegt in Mecklenburg-Vorpommern weitaus höher.

Wie zeigt er sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Grundsätzlich ist „Schwerpunktregion“ des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern ist vor allem der ländliche Raum. Er ist geprägt durch hohe Arbeitslosigkeit, Frustration, Existenzangst, die Abwanderung junger Menschen und gesellschaftliche Zerfallprozesse. Gerade in diesen Regionen gelang es der rechtsextremen Szene, unbeobachtet von der öffentlichen Wahrnehmung Strukturen aufzubauen und neue Strategien zu

erproben. Der Heimatbund Pommern beispielsweise ist seit 2002 als eingetragener Verein in Ostvorpommern und Uecker-Randow aktiv. Das Hauptgewicht der Arbeit dieser Gruppierung liegt neben der Verbreitung rechtsextremer Inhalte auf der Jugendarbeit. Ein vierteljährlich erscheinendes Faltblatt richtet sich explizit an Jugendliche und Kinder. Der Heimatbund versucht damit eine Lücke zu füllen, die durch den Abbau und die Kürzung von finanziellen Mitteln im Jugend- und Sozialbereich entstanden ist. Die „hauseigene“ Tanzgruppe schaffte es in den letzten Jahren unbemerkt und unkommentiert von der öffentlichen Wahrnehmung auf die Bühne des einen oder anderen Dorffestes.

Der Verfassungsschutz benennt in seinem Bericht aus dem Jahre 2005 die Landkreise Ludwigslust, Ostvorpommern, Uecker-Randow, Mecklenburg-Strelitz/Neubrandenburg und im städtischen Raum Rostock und Stralsund als Schwerpunktregionen. Betrachtet man die Wahlergebnisse der Landtagswahl 2006 wird dieses Bild bestätigt. Die höchsten Ergebnisse erreichte die NPD in den beiden Kreisen Uecker-Randow (15 und 13,1 %) und Ostvorpommern (12,2 und 11,6 %). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in großen Teilen der Kreise in Vorpommern, sowie Demmin (8,8 %), Mecklenburg Strelitz 9,2 %) und Ludwigslust (9,1 %) über dem Landesergebnis von 7,3 % liegen.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Die parlamentarische Arbeit im Landtag nutzt die NPD derzeit als Bühne für die Verbreitung ihrer politischen und ideologischen Inhalte und verlegt sich in großen Teilen auf das Stören der Beiträge anderer Parteien. Ein neues strategisches Ziel ist die Errichtung mehrerer Bürgerbüros in Mecklenburg-Vorpommern. Das erste wurde von Udo Pastörs in den Gewerberäumen seines Wohnhauses in Lübbtheen eingerichtet. Dort präsentiert die Partei sich bürgernah und vermittelt damit das Bild eines Anwaltes für „den kleinen Mann“, der sich der Probleme und Sorgen der Menschen anzunehmen scheint.

Aktuell bemüht sich die NPD um Räume in Malchow, Anklam und Ueckermünde. In Malchow z.B. wurde versucht, Räume in Sichtweite des Rathauses anzumieten. Die Verhandlungen mit den Besitzern des Gebäudes laufen derzeit. Ein weiterer Trend ist die Alltagsorientierung der rechtsextremen Szene, die es ihr ermöglicht, unerkannt rechtsextreme

Ideologiefragmente in die Gesellschaft zu transportieren. Gruppierungen wie der schon erwähnte „Heimatbund Pommern“ organisieren Ausflüge und Sommerlager, die z.B. von einigen Eltern als freizeitpädagogisches Angebot für ihre Kinder akzeptiert werden. Diese Angebote finden oft in einem militärischen Stil mit einer klaren hierarchischen Ordnung statt und dienen oft der Durchführung rechtsextremer Schulungen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Struktur des Heimatbundes Pommern. Als eingetragener Verein vermittelt er Außenstehenden das Gefühl von Normalität und ermöglicht es außerdem, Förderungen zu beanspruchen. Diese Strategie hat u.a. im Raum Mecklenburg-Strelitz/Neubrandenburg mit dem Kulturkreis Mecklenburg-Strelitz einen Ableger gefunden der ebenfalls eingetragener Verein fungiert.

Immer wieder agieren Rechtsextreme unter dem Deckmantel von Bürgerinitiativen bzw. versuchen diese als Plattform zu nutzen. In Lübbtheen gab es z.B. eine „Initiative gegen Braunkohleabbau“, die inhaltlich von NPD-Kadern mitgestaltet wurde, ohne dass es von anderen Mitgliedern bemerkt wurde. Ein weiterer Trend ist, sich in bestehende Strukturen einzubringen, wie z.B. Freiwillige Feuerwehren. Diese Taktik funktioniert jedoch nur, solange alle weggucken oder das Problem herunterspielen. Der Dachverband der Freiwilligen Feuerwehren in Mecklenburg-Vorpommern z.B. wehrt sich inzwischen aktiv gegen rechtsextreme Vereinnahmungstendenzen und setzt so deutliche Signale für eine demokratische Kultur.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern derzeit ein und warum?

Als bedrohlich ist die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen unter der Bevölkerung. Zu diesem Ergebnis kam auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“.

An Schulen treffen wir manchmal auf Lehrer, die sagen: Ach was, die NPD ist doch eine gewählte Partei, die kann doch nicht so schlimm sein. Und außerdem sagen die manche Sachen richtig. Oder wenn die NPD versucht, sich an eine Initiative von Bauern gegen Gentechnik anzuhängen, und die Initiatoren sagen: Uns doch egal, dass das die NPD ist. Hauptsache, die nehmen unser Thema auf. An solchen Äußerungen merken wir, dass es einen großen Bedarf an Aufklärung und Auseinandersetzung zum Thema

Rechtsextremismus. Auch das Demokratieverständnis ist oft mangelhaft bzw. schwach ausgeprägt. Hier gibt es einen großen Bedarf an Wissensvermittlung und vor allem erlebbarer Demokratie.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele engagierte Menschen, die seit Jahren aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für ein demokratisch geprägtes Zusammenleben eintreten. Seit dem Einzug der NPD in den Landtag bemerken wir in unserer Arbeit ein zunehmendes Interesse an einer Auseinandersetzung mit der Problematik Rechtsextremismus. Dabei ist der Blick nicht rückwärtsgewandt. Anstatt eines „Dagegen!“ werden Aktivitäten immer mehr unter das Motto „Wofür stehen wir?“ gestellt. Vor allem in den Kommunen wird der Problematik mehr und mehr Aufmerksamkeit gewidmet und es wird nach neuen Wegen und Ansätzen gesucht.

Niedersachsen: Hochaktive Szene agiert bundesländerübergreifend Folge 8 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland – eine Momentaufnahme



Die rechtsextreme Szene in Niedersachsen ist weit gefächert und hat Breitenwirkung: Kooperationen mit Rechtsextremen in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen oder Bremen werden gepflegt. Auch die NPD gewinnt Anhänger. Mehr zur Lage berichtet Reinhard Koch von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt

Reinhard Koch ist Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen OST gGmbH.

Wie sieht Rechtsextremismus in Niedersachsen derzeit aus?

Es gibt nichts, was es nicht gibt: Rechtsextreme Parteien, Kameradschaftsszene, Musikkonzerte. Außerdem hat Niedersachsen einen traurigen Spitzenplatz bei den rechtsextremen Straftaten, auch wenn für 2006 ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist: Platz 3 hinter Nordrhein-Westfalen und Berlin.

Wie zeigt Rechtsextremismus sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Eine Schwerpunkt-Region ist Verden – dort ist die NPD im Kommunalparlament, deren Jugendorganisation JN hat dort seinen Stützpunkt, es gibt den Heisenhof von Jürgen Rieger als rechtsextremes Schulungszentrum, eine lebhafte Kameradschaftsszene. In Wolfenbüttel / Salzgitter sind die Republikaner sehr stark vertreten. Im Harzvorland hat die NPD Mandatsträger und baut derzeit mit Hilfe der Kameradschaftsszene eine neue Parteistruktur mit Ortsverbänden auf – kräftig unterstützt von der Kameradschaftsszene und der NPD des Harzvorlandes in Sachsen-Anhalt. In Schaumburg gibt es vor allem eine präsenste Kameradschaftsszene mit der Kameradschaft Weserbergland, die bis nach Nordrhein-Westfalen

ausstrahlt. Die machen aktionsorientierte Dinge, Aufmärsche, Kundgebungen, Kameradschaftstreffen – sie zeigen viel öffentliche Präsenz. Dort gibt es angeblich jetzt auch eine neue Immobilie, die als Erbschaft Herrn Rieger überlassen wurde. Im Landkreis Lüneburg gibt es Mandatsträger einer NPD-nahen Wählerliste und eine aktive Kameradschaft, die "Schnevern Jungs". Außerdem leben hier mehrere NPD-Funktionäre. Im Landkreis Stade hat die NPD mit Adolf Damann einen Mandatsträger, der zugleich ein Repräsentant der Kameradschaftsszene ist. Helmstedt ist eine NPD-Hochburg seit 15 Jahren. Hier gibt es keine Kameradschaftsszene, die NPD fährt hier die Biedermann-Strategie. In Celle gibt es eine breit gestreute rechtsextreme Szene – einen Abgeordneten der Republikaner, ein „Sozial-patriotische Bündnis“ (SPB) und eine aktive Kameradschaftsszene. In Wolfenbüttel sitzt die NPD im Stadtparlament, in Salzgitter die Republikaner. Zugleich ist hier die Kameradschaftsszene sehr aktiv, vor allem im Musikbereich.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Wichtigste Parteien sind hier die NPD und die Republikaner. NPD, Republikaner und rechtsextreme lokale Bündnisse erlangten bei den Kommunalwahlen 2006 32 Mandate. Davon entfielen 18 auf die NPD, 6 auf die Republikaner. Zum Vergleich: 2001 waren es insgesamt 8 Mandate. Die parteipolitische Szene ist gut abgestimmt: Wo die einen antreten, treten die anderen nicht an. Ihre Wählerschaft finden sie im ländlichen Raum. Dort suchen sie sich gut im Gemeindeleben verankerte Leute für ihre Propaganda und sind damit sehr erfolgreich – ähnlich, wie die NPD auch in östlichen Bundesländern vorgeht. Tatsächlich gab es in der NPD auch schon Schulungen für kommunalpolitische Beraterkreise durch NPD-Mandatsträger aus Sachsen. Die Strategien aus dem Osten werden hier also auf den Westen übertragen.

Dann gibt es in Niedersachsen rund 20 Kameradschaften. Hierbei sind zwei grundsätzliche Ausrichtungen zu unterscheiden: Die hochpolitisierten Kameradschaften, die zum Teil auch bundesweit ausstrahlen – solche finden sich in Schaumburg (Kameradschaft Weserbergland), Celle (Kameradschaft Celle) oder Lüneburg. Und die erlebnisorientierteren Cliques, die sich mehr Gewalt und Alkohol widmen. Diese gibt es etwa in Gifhorn und Salzgitter. Außerdem gibt es in Niedersachsen eine ausgeprägte Rechtsrock-Kultur mit

langer Tradition. Die bekanntesten Bands derzeit sind Saccara (Bremer Umland), Nordfront (Hannover), Terroritorium (Hannover) und Donnerhall (Peine). Es ist eine Kultur, die wächst. Natürlich gibt es auch entsprechende Versandhandel und Läden.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Die NPD überträgt die Strategien, mit denen sie im Osten Deutschlands erfolgreich ist, jetzt auf Niedersachsen. Bei der Kommunalwahl etwa traten die NPD-Kandidaten als „Kümmerer der kleinen Leute“ auf, die mit Aktionen wie „Wir füllen Ihr Hartz IV-Formular aus“ oder „Wir helfen bei der Lehrstellensuche“ punkten konnten. Mit der Thematisierung sozialer Fragen und starker Kapitalismus-Kritik war es wirklich das „Erfolgsmodell Ost“, dass die NPD in Niedersachsen auf die Zivilgesellschaft losließ – die ziemlich unvorbereitet war. Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie? Die großen Kameradschaften sind vielfältig aktiv. Ein Beispiel ist die Kameradschaft Celle. Die machen Traditionelles, wie Braumtums- oder Heimatpflege, aber gründen auch die „Bürgerinitiative für Zivilcourage“ (sic!) und bilden ein Netzwerk der Kameradschaften für Niedersachsen aus.

Strategisch interessant ist auch die Situation in Verden, die besonders von Aktivitäten der NPD-Jugendorganisation JN geprägt ist. Hier ist die Schuloffensive der JN erdacht und gestartet worden – also die Strategie, direkt an Schulen zu gehen und dort präsent zu sein und Propagandamaterial wie die Schulhof-CD zu verteilen. Eine Strategie, die erfolgreich zu Medienpräsenz führte und die unvorbereiteten Schulen empfindlich traf. Die JN hat in Verden auch eine eigene Schülerzeitung („Der Rebell“). Nicht zuletzt ist Jürgen Riegers „Heisenhof“ dort ein Schlachtschiff, eine Anlaufstelle und eine Kommunikationszentrale der NPD. Die Stadt selbst hat gut auf die rechtsextreme Herausforderung reagiert. Es gibt dort breiten Widerstand, viele Ideen, Vereinsstrukturen, Aktionen an Schulen, eine deutliche Positionierung der Politiker der Stadt, eine agile Zivilgesellschaft. Vorbildlich!

Im Vorfeld der Landtagswahl 2008 beobachten wir, dass derzeit alle in den Startlöchern stehen. Die NPD-Vertreter versuchen, sich eher als „Biedermänner“ einzuführen. Die Kameradschaften werden zugleich militanter, auch wenn sich das nicht immer in der Gewaltstatistik widerspiegelt. Oft geht den Rechtsextremen eine Art Bugwelle der Gewalt

voraus. Die Alltagspräsenz reicht, um politische Gegner oder potenzielle Opfer einzuschüchtern. Die NPD ist auf die Stimmen aus den Kameradschaften angewiesen, hat sich aber bisher nicht zu einem militanteren Standpunkt entschließen können.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Niedersachsen derzeit ein und warum?

Es ist ein deutliches Zeichen, dass in Niedersachsen zunehmend direkt NPD gewählt wird. Statt den Umweg über Subkultur und Kameradschaft zu nehmen, freunden sich immer mehr Menschen direkt mit der Ideologie der NPD an. Rechtsextremismus ist keine Geschichte zum Zurücklehnen. Des rechtspopulistische Einstellungspotenzail existiert in Niedersachsen wie bundesweit. Die Rechtsextremen werden nicht von selbst wieder verschwinden. Sie haben in Niedersachsen jetzt Strukturen aufgebaut, die sie vorher nicht hatten, und gewinnen zunehmend an Erfahrung in der kommunalpolitischen Arbeit. Zugleich haben wir Behörden, die eher zugeschaut haben, als etwas gegen rechtsextreme Strukturen zu tun. Es gibt keine Opferberatungsstelle und so fehlen die Erkenntnisse über Opfer rechtsextremer Gewalt in Niedersachsen.

Nordrhein-Westfalen: Volksfront von rechts? Folge 9 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Die Kameradschaftsszene in Nordrhein-Westfalen blüht wie eh und je - sogar die NPD übt sich derzeit in Verjüngungsstrategien, um deren Erfolge abzugreifen. Und die Zivilgesellschaft hat insbesondere der rechtsextremen Hetze gegen Muslime und Islam wenig entgegen zu setzen, befürchtet Wissenschaftler Alexander Häusler.

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf.

Wie sieht Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen derzeit aus?

Die in so genannten „Kameradschaften“ sowie in Cliquen organisierten Neonazis in NRW gibt es in den Städten Dortmund, Köln, Düsseldorf, Mettmann, Duisburg, Wuppertal, Hamm, Bielefeld sowie im Hochsauerlandkreis/Kreis Siegen, im Ennepe-Ruhr-Kreis, im Rhein-Sieg-Kreis, im Oberbergischen Kreis und im Kreis Gütersloh. Zudem existieren loser strukturierte Neonazigruppen in vielen Kleinstädten. Des Weiteren agiert hier in NRW ein aktiver Landesverband der NPD.

Bei Veranstaltungen wie z.B. Demonstrationen zeichnet sich ab, dass es zu Vertiefungen der Anstrengungen aus den unterschiedlichen neonazistischen Lagern für das Projekt einer „Volksfront von Rechts“, also einen Zusammengehen von NPD mit dem neonazistischen „Nationalen Widerstand“ kommt. Auf den Rednerlisten stehen derzeit die bundesweit wichtigsten Kader dieser Szenen, die sich bisher politische Grabenkämpfe geliefert haben. Dieses Zusammengehen deutet auf neue strategische Überlegungen und politische Entwicklungen im neonazistischen Lager in NRW hin.

Gibt es Schwerpunktregionen?

Als räumliche Schwerpunkte für überregionale Mobilisierungen können die Städte Köln und Dortmund genannt werden. Überregional aktiv wirkt zudem die 'Kameradschaft Aachener Land', die zugleich die NPD inhaltlich unterstützt wie auch weitere neonazistische Gruppen, die nahe an der NPD stehen. Die so genannten 'Autonomen Nationalisten' hingegen stellen sich gegen das Programm einer „Volksfront von Rechts“ und formieren sich unter dem Dach des 'Aktionsbüros Westdeutschland'. Der NPD-Landesverband NRW vollzieht einen Verjüngungstrend und hat mit der Gründung des 'Ringes Nationaler Frauen' (RNF) Anstrengungen zur verstärkten Einbindung von Frauen begonnen.

Welche aktuellen Trends beobachten Sie?

Wir können auf der einen Seite eine Zunahme der Zusammenarbeit der NPD mit den unterschiedlichen neonazistischen Gruppen der „Kameradschaftsszene“ feststellen. Auf der anderen Seite zeigt sich in NRW eine neue Form des Rechtspopulismus in Form von Gründungen kommunaler Wahlvereinigungen, die unter dem Dach extrem rechts orientierter „Bürgerbewegungen“ wie der „Bürgerbewegung pro NRW“ oder der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ zusammengefasst sind. Dabei wird versucht, unter dem Deckmantel einer Bürgerbewegung mit populistischen Kampagnen gegen „den Islam“ auf Stimmenfang zu gehen. Die Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf hat aktuell im Auftrag des Migrationsrates der Stadt Oberhausen eine Expertise zu dem Wirken dieser neuen Form des Rechtspopulismus erstellt.

Halten Sie den Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen aktuell für bedrohlich?

Rechtsextremes Wirken ist immer bedrohlich. In NRW ist aktuell in Regionen wie dem Ruhrgebiet ein rapider Anstieg des Rechtsextremismus zu verzeichnen. Wie in anderen Bundesländern auch vollzieht sich in NRW eine Zunahme von kommunaler „Verwurzelung“ des extrem rechten Milieus.

Eine weitere besorgniserregende Entwicklung ist die Kanalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung durch rechte Kampagnen gegen Muslime und den Islam. Hierbei besteht die Gefahr eines

propagandistischen Einbruchs von Rechtsaußen hinein in die Mitte. Hier ist viel an präventiver Aufklärung vonnöten. Zugleich sind hierbei die etablierte Politik und die Medien zu kritisieren, die mit pauschalisierten Zuschreibungen einem solchen Rechtspopulismus den Weg ebnen. Eine wirkungsvolle antifaschistische Gegenstrategie muss konkret vor Ort ansetzen – im Stadtteil in den Problemvierteln in den Schulen usw. Die konkreten Facetten extrem rechter Erscheinungs- und Agitationsformen müssen kontinuierlich erforscht und ausgewertet werden, um handlungsfähig gegen Rechts zu sein. Es bedarf zudem einer Entwicklung und einem Ausbau kommunaler antirassistischer und antirassistischer Netzwerke, die nach außen treten, die Entscheidungsträger in die Pflicht nehmen und die Öffentlichkeit zum Eintreten für ein respektvolles Miteinander im Lebensalltag bewegen. Die aktuelle Dimension rechtsextremer Einflussnahme im Lebensalltag wird politisch völlig verkannt.

Rheinland-Pfalz: Schulungszentren und nationaler Weinbau Folge 10 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland – eine Momentaufnahme



In Rheinland-Pfalz hält die NPD die Öffentlichkeit mit geplanten Schulungszentren in Atem. Bisher wehren sich die Orte erfolgreich. Aber auch die NPD gewinnt kontinuierlich Mitglieder, unter anderem mit Hetze gegen amerikanischen Wein. Mehr berichtet Kai Partenheimer, Leiter des Netzwerks für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz.

Kai Partenheimer ist Leiter des Netzwerks für Demokratie und Courage in Rheinland-Pfalz.

Wie sieht Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz derzeit aus?

Die NPD ist in Rheinland-Pfalz relativ umtriebig. Sie betreibt in Rheinland-Pfalz zwei Schulungszentren – oder versucht es jedenfalls. Ein Schulungszentrum befand sich in der Südpfalz, in der Gaststätte „Zur Burg“ in Alt-Leiningen. Es ist allerdings im März 2007 ausgebrannt und kann derzeit nicht genutzt werden. Ein weiteres Zentrum sollte in einem alten Schulgebäude in Gonzerath in der Gemeinde Morbach im Hunsrück eingerichtet werden. Hier gelang es jetzt allerdings der Gemeinde, das Gebäude zurückzukaufen, da die Eigentümer Renovierungsarbeiten nicht so erfüllt hatten, wie es im Vertrag festgehalten war. Insgesamt versuchen die Rechtsextremen also, sich hier Strukturen aufzubauen. Die NPD verzeichnet schon im zweiten Jahr hintereinander Mitgliederzuwächse. Es gibt laut Verfassungsschutz 1550 Anhänger der rechtsextremen Szene in Rheinland-Pfalz, davon sind rund 100 gewalttätige Rechtsextreme.

Wie zeigt er sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

In Rheinland-Pfalz sind es die strukturschwachen, ländlichen Regionen, in denen die Rechtsextremen stark aktiv sind, Propaganda betreiben, aber auch jüdische Friedhöfe schänden. Schwerpunkte sind der Westerwald und die Südpfalz – wobei wir bei unserer Arbeit in den Schulen merken, dass die ganz Pfalz ein latentes Rechtsextremismus-Problem hat. Ausländerfeindlichkeit ist sehr weit verbreitet.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Die NPD ist die wichtigste Partei, wie bereits eingangs beschrieben. Sie hat eine ausgeprägte Struktur mit vierzehn Kreisverbänden, besonders in den strukturschwachen Gegenden.

Die wichtigste Kameradschaft ist der Nationale Widerstand Zweibrücken, der schon seit Anfang der 1990er Jahre existiert und damit schon sehr lange aktiv ist. Die Region ist das strukturschwache Hinterland von Pirmasens, da gibt es viele Sympathien für rechtsextreme Ideen. Eine weitere wichtige Kameradschaft war die Kameradschaft Westerwald. Seit deren führende Köpfe allerdings von rund zwei Jahren als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden, ist sie nicht mehr sehr aktiv. Im Rhein-Neckar-Raum, in der Pfalz, um Ludwigshafen und Worms gibt es das Aktionsbüro Rhein-Neckar, das die Aktivitäten verschiedener Kameradschaften koordiniert.

Zwischen NPD und Kameradschaften gibt es eine Zusammenarbeit, die sich etwa in Doppelmitgliedschaften manifestiert.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

In Rheinland-Pfalz gibt es – zumindest, soweit es bekannt ist – fast keine rechtsextreme Konzertszene mehr. Von staatlicher Seite ist unter Innenminister Bruch gegen rechtsextreme Konzerte sehr hart vorgegangen worden, so dass sich die rechtsextreme Szene offenbar wirklich kaum noch traut, in Rheinland-Pfalz Konzerte zu veranstalten und lieber in andere Bundesländer ausweicht, in denen sie weniger harte Sanktionen zu befürchten haben. 2006 gab es laut Verfassungsschutzbericht fünf Konzerte.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Die rechtsextreme Szene macht derzeit deutlich klar, dass sie wissen, was gegen sie passiert. Bei jeder Informationsveranstaltung gegen Rechtsextremismus sind bekannte Gesichter aus der Szene anwesend. Sie zeigen Präsenz, sind dabei in der Regel freundlich und argumentieren subtil, versuchen aber auch, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen oder die Diskussion an sich zu reißen. Es ist auch eine unterschwellige Drohung an die gegen Rechtsextremismus Engagierten, dass bekannt ist, wer was tut.

Außerdem nehmen sich die Rechtsextremen auch in Rheinland-Pfalz lokalen und Sozialproblematiken an und versuchen so, Punkte zu machen. Zum Beispiel trat im letzten Jahr eine neue EU-Verordnung für das Reinheitsgebot des Weines in Kraft, die in einem Weinbaugebiet wie Rheinland-Pfalz viel diskutiert wurde. In den USA werden etwa den reifenden Weinen Eichenholzspäne beigemischt, um einen vollmundigeren Geschmack zu erreichen. Die Rechtsextremen nutzten die Diskussion, um massiv gegen Amerika und Imperialismus zu agitieren. Damit gewinnen sie schon Sympathien, auch wenn sich dies bisher nicht im Wahlergebnis bei Landtagswahlen niedergeschlagen hat.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz derzeit ein und warum?

Rechtsextremismus als antidemokratische und menschenverachtende Ideologie ist grundsätzlich bedrohlich. Konkret wird das im Umfeld rechtsextremer Demonstrationen, vor und nach denen politische Gegner und Migranten Opfer von neonazistischer Gewalt werden, wie zuletzt bei den Naziaufmärschen am 1. Mai.

Positiv ist zu vermerken, dass die Zivilgesellschaft in Rheinland-Pfalz relativ wachsam ist. Wenn zum Beispiel, wie es letztes Jahr der Fall war, einer Schule bekannt wird, dass einer ihrer Schüler ein rechtsextremer Wortführer ist, der eine eigene Internetplattform für die Szene betreibt, thematisieren das die Lehrer. Erst in dessen Klasse, und jetzt wird auch eine Schulkonferenz zum Thema stattfinden. Auch in Morbach, wo die NPD ihr Schulungszentrum aufbauen wollten, sind die örtlichen Schulen sehr aktiv und veranstalten Projektschultage gegen Rechtsextremismus, um die Schüler zu warnen. In Gegenden und Gemeinden, in den die Rechtsextremen besonders aktiv

werden, bilden sich auch schnell aktive Bündnisse gegen Rechtsextremismus aus der Zivilgesellschaft etwa in der Pfalz, in Leiningen und in Morbach. Derzeit wehrt sich die Gemeinde Oberlahr vehement gegen ein neues Schulungszentrum, das die NPD in einem ehemaligen Hotel aufziehen will.

Saarland: Beliebt für internationale rechtsextreme Aktivitäten Folge 11 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Obwohl ihr Rassismus es eigentlich verbieten müsste, agieren auch Rechtsextreme gern mal international. Die rechtsextreme Szene des Saarlandes feiert etwa gern in Frankreich, wenn sie in Deutschland Angst vor Verboten haben muss. Auch die NPD nutzt die Lage des Saarlandes am Rande der Republik, berichtet Christiane Ritter vom Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e.V..

Christiane Ritter ist Mitarbeiterin des Netzwerks für Demokratie und Courage Saar e.V., das mit Schulprojekttagen unter dem Titel „Für Demokratie Courage zeigen“ Demokratie mit Spaß erlebbar machen will und gleichzeitig präventiv gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung arbeitet.

Wie sieht Rechtsextremismus im Saarland derzeit aus?

Hier gibt es hauptsächlich die NPD und eine sehr aktive Szene der freien Kameradschaften. Der harte Kern besteht aus rund 20 Leuten, aber das Umfeld, das diese Köpfe mobilisieren können, ist sehr groß und reicht bis zu gewaltbereiten Fußballfans, unter die sich derzeit auch wieder vermehrt Neonazis mischen.

Wie zeigt der Rechtsextremismus sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Im Saarland bedienen NPD und Kameradschaften ganz unterschiedliche Szenen. Die NPD wendet sich bewusst vor allem an das bürgerliche Spektrum, die Kameradschaften sind im Bereich der Jugend- und Subkulturen aktiv. Schwerpunktregionen sind Saarlouis und das Köllerbachtal, wo zwei Kameradschaften schon sehr lange aktiv sind. Saarbrücken und Völklingen sind die Standorte, an denen die NPD stark aktiv ist.

In Völklingen sitzt sie auch im Stadtrat. Im Sulzbachtal gibt es sehr aktive rechte Skinheadcliquen, die auch physisch gefährlich werden können.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Die aktivste Kameradschaftsstruktur derzeit ist das „Aktionsbüro Saar“. Bis vor anderthalb Jahren gab es zwei Kameradschaften, die sehr aktiv waren, der „Nationale Widerstand Köllertal“ und die „Kameradschaft Saarlautern“. Beide haben sich offiziell aufgelöst, wohl, um einem staatlichen Verbot zuvor zu kommen. Die Akteure sind aber weiterhin aktiv, agieren jetzt nur ohne Namen oder unter dem Dach des „Aktionsbüros Saar“.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Eine saarländische Spezialität ist die Verbindung nach Frankreich. Die rechtsextreme Szene veranstaltet dort gern Konzerte, von denen sie befürchten, dass sie hier verboten werden könnten. Daran sind mit Sicherheit auch französische Neonazis beteiligt, wobei es keine Erkenntnisse über eine organisierte Zusammenarbeit gibt. Überhaupt macht die Lage des Saarlandes es leider beliebt für internationale rechtsextreme Aktivitäten. So fand etwa die „Europäische Sommerakademie“ der NPD schon öfter in Saarbrücken statt.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Durch Peter Marx, der derzeitige Fraktionsgeschäftsführer NPD-Fraktion im Landtag Sachsen, der Saarländer ist, kommt es auch hier zu einer stärkeren Annäherung zwischen NPD und Kameradschaftsszene, besonders während des Wahlkampfes und zu einzelnen Veranstaltungen. Die NPD setzt ansonsten stark auf das bürgerliche Spektrum, veranstaltet Sommerfeste, verankert Mitglieder in lokalen Strukturen.

Die Kameradschaften setzen auf Jugendarbeit, auch im klassischen Sinne. Es gibt etwa einen Aktivist, der sich, als es hier akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen gab, schon als „Hilfssozialarbeiter“ aufgeführt hat. Der geht bis heute an die Schulen, spricht gezielt Jugendliche an, organisiert Fußballveranstaltungen und Freizeitaktivitäten. Die Schulhof-CD der NPD ist hier auch verteilt worden. In Schwalbach hatten die Kameradschaften einen Verein gegründet, „Glück

auf!“, der sich offiziell um „Traditionspflege“ kümmerte, in Wirklichkeit jedoch einen rechten Jugendraum betrieben hat. Das ist aber inzwischen geschlossen. Ansonsten organisiert die Szene Konzerte, die übrigens von der Polizei geduldet werden, die diese Strategie „Kontrolliertes Gewährenlassen“ nennt.

Als wie bedrohlich schätzt Ihr Rechtsextremismus im Saarland derzeit ein und warum?

Ich finde besonders bedrohlich, wie akzeptiert die rechtsextreme Ideologie im Saarland ist. Gerade, was die Fremdenfeindlichkeit angeht, gibt es große Überschneidungen zwischen Rechtsextremen und bürgerlicher Bevölkerung. Die Akzeptanz zeigt sich auch darin, wie oft Rechtsextremismus mit dem Argument der Meinungsfreiheit verteidigt wird. Besonders in den Dörfern gehört Rechtsextremismus zum Alltag und die Neonazis sind gut integriert. Während der Fußballweltmeisterschaft etwa konnte man überall Jugendliche mit eindeutigen 88er-Trikots gemeinsam mit der Dorfbevölkerung feiern sehen.

Zugleich gibt es, gerade auf den Dörfern, wenig Gegenkultur. Wer etwas gegen Rechtsextremismus tut, wird eher kriminalisiert. Unterstützung von staatlicher Seite gibt es nur wenig, und am liebsten, wenn es sich gleichermaßen gegen Rechts- wie gegen Linksextremismus „nutzen“ lässt. So gibt es kaum langfristig arbeitende Projekte gegen Rechtsextremismus, höchstens punktuelle Aktionen.

Übergriffe erscheinen im Saarland als Einzelfälle. Während der WM gab es mehrere Übergriffe auf ein nicht-rechtes Jugendzentrum in Neunkirchen. Allerdings gibt es hier keine Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt. Also wissen auch wir nur von Übergriffen, die wir aus unserem Umfeld hören.

Sachsen: Große und erschreckend organisierte Szene **Folge 12 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme**



Sachsen hat den stärksten NPD-Landesverband der Bundesrepublik und muss sich auf seinem Gebiet mit 25 % aller bundesweit bekannten Kameradschaften herumschlagen. Noch besorgniserregender finden die Mitarbeiter der Mobilen Beratungsteams allerdings, wie weit rechtsextreme Einstellungen schon in der Gesellschaft verankert sind.

Heute antworten die Mitglieder der Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen.

Wie sieht Rechtsextremismus in Sachsen derzeit aus?

Parteilpolitisch:

Sachsen hat den stärksten NPD-Landesverband der BRD mit über 1.000 Mitgliedern und flächendeckenden Kreisverbänden, auch wenn diese unterschiedlich stark und aktiv sind. Die NPD tritt seit dem Einzug als Fraktion in den sächsischen Landtag aktiver und z. T. auch intellektueller in Erscheinung. So unterstützen bspw. Mitarbeiter der Fraktion lokale Kader in öffentlichen Diskussionen vor Ort (Diskussion in der Mutzschener Kirche Frühjahr 2005, inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Freien Kräfte, etc.)

Subkultureller Rechtsextremismus:

In Sachsen gibt es eine hohe Dichte an Kameradschaften, die vor allem im ländlichen Raum aktiv und stark gesellschaftlich verankert sind. Sachsen hat mit heute ca. 45-50 Kameradschaften auf seinem Gebiet ca. 1/4 aller bundesweit bekannten Kameradschaften. Diese Strukturen sind

sachsenweit immer mehr vernetzt und treten offensiv immer mehr unter dem Namen „Freie Kräfte“ oder „Freie Nationalisten“ auf. Die klassischen Ortsnamen geraten zunehmend in den Hintergrund, was auf eine überregionaler ausgerichtete Wirkungs- und Aktionsweise schließen lässt. Die sächsische NPD ist inhaltlich eng mit dieser Kameradschaftsszene verbunden und personell verflochten.

Gesellschaftlich:

In der sächsischen Bevölkerung gibt es eine Menge an pro-rechtsextremen Meinungen und Stimmungen, die uns entgegengebracht werden: „Die NPD sitzt doch im Landtag. Ich habe keine Probleme mit denen. Wir müssen uns nicht wundern bei der hohen Arbeitslosigkeit. Warum hat der junge Mann auch grüne Haare. So läuft man hier nicht rum.....“ Hier sei auch an die beiden Studien von Heitmeyer und Brähler/Decker erinnert, die fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen abgefragt haben und gerade für Sachsen zu erschreckend hohen Ergebnissen in der Mitte der Gesellschaft kommen. Hinzu kommt, die von Heitmeyer dargestellte ‚Schweigespirale‘ der gesellschaftlichen Mitte: Rechtsextremismus wird erst in seiner offen gewalttätigen Form zum Problem und auch dann oft nur nach Skandalisierung durch potenzielle und tatsächliche Opfergruppen (bspw. Aktion Zivilcourage und Alternatives Kulturzentrum in Pirna, NDK Wurzen) oder durch Personen außerhalb der (Dorf- bzw. kleinstädtischen) Gemeinschaften.

Bzgl. Gewalt, Opfer/ Angstzonen:

Einmal mehr suggeriert die polizeiliche Kriminalstatistik bzgl. politisch motivierter Gewalt- und Straftaten einen Rückgang der Straftaten und somit eine Verbesserung der Situation gegenüber den Vorjahren. Diese positiven offiziellen Daten werden jedoch von den sächsischen Opferberatungsteams vehement bestritten. Vielmehr gibt es, das bestätigen die aktuellen Opferstatistiken, aber auch die vielfältigen Gespräche und Erfahrungen der Mobilien Beratungsteams, weiterhin ein extrem hohes Niveau rechtsextremer Straf- und Gewalttaten, ja sogar eine Steigerung gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2005.

Wie zeigt er sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Rechtsextreme Erscheinungen in Sachsen sind extrem vielfältig und vielschichtig.

Es gibt die klassischen Schwerpunktregionen, wie bspw. die **Sächsische Schweiz**, in der Folgestrukturen der 2004 verbotenen SSS ("Skinheads Sächsische Schweiz") weiterarbeiten und sich neue rechtsextreme Kameradschaftsstrukturen entwickelt haben. In der Sächsischen Schweiz scheint auch der parteipolitische Rechtsextremismus ausgeprägter zu sein als in der Oberlausitz (KV Sächsische Schweiz der mitgliederstärkste und älteste Kreisverband.) In **Ostsachsen** treten nach wie vor die über Jahre bekannten Organisationen im Raum Zittau, wie die Kameradschaft Oberlausitz und der Nationale Jugendblock in Erscheinung. Die Region Ostsachsen beherbergt von den bekannten 45-50 sächsischen Kameradschaften mehr als die Hälfte.

Aktuelle Entwicklungen zeigen aber eine immer deutlichere Verlagerung rechtsextremer Aktivitäten und eine Verfestigung solcher Strukturen in nach Mittel- und Westsachsen:

Seit 2005 verzeichnen die dort zuständigen MBTs ein Wiederaufleben von rechtsextremen Szenen. Nazikader kehren nach Verbüßung mehrjähriger Haftstrafen im Zusammenhang mit politisch motivierten Straftaten von Mitte der 90er Jahre an ihre alten Wohn-, Wirkungsorte zurück. Andere rechtsextreme Akteure kommen nach mehreren Jahren beruflicher „Wanderschaft“ zurück und verstärken die Szene. Rechtsextreme Akteure im ländlichen Raum treten heute mobiler und in größeren Räumen auf, d. h. es gibt länder- und regionenübergreifende Verbindungen z. B. von Merseburg-Querfurt über Delitzsch, Thümmlitzwalde, Leisnig/Klosterbuch bis in die Region Döbeln / Mittweida.

Der Landkreis **Mittweida** entwickelte sich in den letzten Monaten zu einem Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten im sächsischen ländlichen Raum. Zum einen gehört der Kreisverband Mittweida der sächsischen NPD zu den mitgliederstärksten in Sachsen. Andererseits gibt es in der Region eine seit Jahren etablierte rechtsextreme Kameradschafts- und Jugendszene. Die „Kameradschaft Mittweida“ war 2003 ein Zusammenschluss von ca. 15

Personen, schon damals gewaltbereit. Im Frühjahr 2007 machten die selben Personen unter dem "neuen" Label "Sturm 34", mit ca. 30 Personen deutlich größer und gewaltbereiter, von sich reden. Die Kameradschaft "Sturm 34" ist inzwischen aber auch verboten. Darüber hinaus hat sich im Landkreis eine weitere Kameradschaft etabliert, die sich „Weißer Widerstand Rochlitz“ nennt. Ziel dieser gewaltbereiten Kameradschaftsszene ist die Schaffung eines Klimas der Angst bzw. die Etablierung von Angstzonen durch extreme uniforme Präsenz ihrer Mitglieder und SympatisantInnen sowie gezielte Angriffe auf nicht rechte Jugendliche und Einzelpersonen.

In einigen Kleinstädten des Landkreises hat sich dieses Klima der Angst bereits verfestigt. Opfer sind nicht mehr nur Punks und alternative Jugendliche, sondern auch die Junge Gemeinde resp. „ganz normale Jugendliche“. Gerade letztere beklagen das Schweigen und die Tatenlosigkeit der eigentlich vor Ort Zuständigen. Zivilgesellschaft, Verwaltung, lokale Zivilgesellschaft sind wenig sensibilisiert.

Rechtsextreme Aktivitäten spielen sich oftmals unterhalb von Straftatbeständen ab. Sie äußern sich bspw. im Alltag afro-europäischer Familien, die schikaniert und gedemütigt und in ihrer Menschenwürde permanent verletzt werden. Sie zeigen sich darin, dass nicht-rechte Jugendliche es oftmals nicht leicht haben, einen eigenen Raum ohne Stress in Anspruch nehmen zu können, wie das Beispiel eines HipHoppers in einem Dorf im Weißeritzkreis erinnert, der über Monate hinweg angepöbelt wurde und dem starken Druck nachgab, indem er sein Äußeres, seinen Stil aufgab, um Ruhe zu bekommen. Die Mutter erzählte, dass er die Schuld bei sich suchte und eine Zeit lang richtig krank gewesen sei.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Auf der subkulturellen und gewalttätigen **Aktionsebene** mit Abstand die freie Kameradschaftsszene mit subkulturellen Angeboten vom Dartabend bis zum Konzertevent mit mehreren rechtsextremen Bands.

Auf **strategischer und politischer Ebene** die NPD und ihre Jugendorganisation JN mit ihren Querfrontbündnissen („Bündnis gegen das Vergessen“ zum 13. Februar in Dresden, Nationales Bündnis Dresden als erste ostdeutsche überparteiliche Wahlplattform der Rechtsextremen, etc.) in denen Kameradschaftsszene und verschiedene politische Strömungen

der extremen Rechten ist die NPD-Strategiebildung integriert werden. Die intellektuellen Vorfelddorganisationen für eine solche bewegungsorientierte politische Strategie finden sich in dem im Aufbau befindlichen „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität“, das sich plakativ die „Dresdner Schule“ als national-völkischem intellektuellen Gegenpol zur „Frankfurter Schule“ auf die Fahne schrieb.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

Ja und nein, u.E. ist das auch nicht wirklich wichtig diesen Unterschied aufzumachen, denn generell werden rechtsextreme Aktivitäten und Strategien umgesetzt, wie: Demonstrationen und Kundgebungen, Kranzniederlegungen, Pflege von Krieger-Denkmalern, Wortergreifung auf Veranstaltungen der politischen Gegner, Konzerte, Flugblattaktionen, Immobilienerwerb, Tagungen und Schulungen, Sonnenwendfeiern, Jugendthings, Germanische Zehnkämpfe, Pfingst- und Osterlager (Zeltlager), etc. Da gibt es kleine regionale Unterschiede innerhalb der Regierungsbezirke hinsichtlich des Organisationsgrades und damit der Größe und „Professionalität“ solcher Veranstaltungen, bzw. hinsichtlich des regional verankerten Brauchtums.

Ein besonders Datum/Thema ist die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945, deren Bewertung auch in weiten Teilen der Bürgergesellschaft umstritten ist, bzw. in deren teilweise antiamerikanischer und relativierender Bewertung der Bürgergesellschaft sich diverse Andockpunkte für rechtsextreme Ideologien finden. Dies ist der Hintergrund für die Übernahmeveruche der Erinnerungskultur durch die extreme Rechte. Der traditionelle rechtsextreme „Trauermarsch“ am 13. Februar in Dresden ist der mittlerweile bundesweit bedeutsamste rechtsextreme Aufmarsch mit diverser Wirkung in die Szene hinein.

Darüber hinaus gibt es an bestimmte Personen gebundene gewachsene lokale „Spezialitäten“:

Das Wurzenener Label „Front Records“ ist heute eines der profitabelsten Unternehmen im Bereich der rechtsextremen Szene in Deutschland, über das entsprechende finanzielle Mittel in die Szene fließen. Sein Inhaber, Thomas Persdorf, kommt aus der Blood & Honour-Szene und verfügt mit seinem Privathaus über einen relativ geschützten Raum, in dem nicht nur

der (Versand-) Handel, sondern ebenso ein Tonstudio und Bandprobenräume ihren Platz haben.

Wurzen ist somit nach wie vor ein wichtiger Ort in der Infrastruktur der rechtsextremen Szene. Für letzteres spricht auch die Anwesenheit eines Fight Clubs, in dem nahezu regelfreier Kampfsport betrieben wird, in dessen Kontext Gewaltformen „kultiviert“ werden und der auf dieser Basis ein Anziehungspunkt und Sammelbecken für rechtsextrem gesinnte, gewaltbereite junge Männer ist.

Der Deutsche Stimme Verlag mit seinem heutigen Geschäftsführer Jens Pühse verfügt neben seinem Zeitungsverlag mit einem bundesweit bedeutende Versandhandel über ein zweites, sehr profitables Standbein und wirkt somit nicht nur in die NPD-nahe Szene sondern auch in das subkulturelle Umfeld bzw. anpolitisierte Kreise hinein.

Schließlich gibt es in Sachsen mit dem vom bekannten Rechtsextremisten Hendrik Lasch betriebenen Chemnitzer Label „PC Records“ und seinem Versandhandel/Ladengeschäft „Backstreet Noise“ einen dritten bundesweit bekannten und bedeutsamen Schnittpunkt zwischen rechtsextremer Ideologie und subkultureller Szene mit immenser Wirkung.

Schließlich gibt es im Umfeld der traditionsreichen Fußballclubs Sachsens, die heute allesamt in unteren bis mittleren Ligen spielen (FC Chemnitz, Lok Leipzig, Dynamo Dresden), eine seit Jahren stark ausgeprägte, mit rechtsextremen Akteuren durchsetzte bzw. mit rechtsextremen Strukturen vernetzte Hooliganszene. Aktuelle Medienberichte und Vorkommnisse mögen dies als neue, gefährliche Erscheinung präsentieren. Neu aber ist davon nichts.

Zusammenfassend:

Sächsische Spezialitäten sind extrem vielschichtige und verankerte Kameradschaftsszene; rechtsextreme subkulturelle Szene mit nationaler, ja internationaler Ausstrahlung durch Versandhandel und Plattenlabel; ökonomisch weitgehend unabhängige Infrastruktur (subkulturelle Ladenszene als Marktfaktor), die Gewinne in der Szene anlegt, bzw. für die Szene nutzt; rechtsextrem unterwanderte (Fußball- bzw. Sport-)Fanszene; intellektuelle Avantgarde im Umfeld der NPD-Landtagsfraktion; eine extrem unklare, tlw. relativierende Haltung weiter Teile der Bürgergesellschaft hinsichtlich politischer Streitfelder, wie Erinnerungskultur, die es Rechtsextremen leicht macht, anzudocken/Themen zu besetzen.

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Die aktuellen Trends sind die alten Trends und Strategien: Immer wieder mal bürgerlich nah und harmlos zu erscheinen, d.h. immer wieder mal als „Bürgerinitiative“ (gegen den Flughafenausbau in Leipzig, gegen die teure Abwasserentsorgungsanlage, „Schöner Wohnen in Hoyerswerda“, „Interessengemeinschaft Brausenstein“ oder „Pro Sächsische Schweiz“) daher zu kommen. Dass dieses nicht neu ist, zeigt, dass bereits rechtsextreme Demos 2004 und 2005 im Bereich Hoyerswerda mit Namen versehen waren wie „Arbeitsloseninitiative in Gründung“ oder SSS mit „Drogenfrei Leben in Pirna“ oder Ähnlichem.

Als wie bedrohlich schätzt Ihr Rechtsextremismus in Sachsen derzeit ein und warum?

Bedrohlich und gefährlich nach wie vor: siehe Angstzonen, Situation Afreu, HipHopper Weisseritzkreis, nicht rechte Jugendliche im Landkreis Mittweida, Widerstand gegen die Polizei.....

Nach wie vor für uns am meisten erschreckend ist, dass so viele Bürgerinnen und Bürger sagen, „...das geht mich nichts an“, oder: „Die NPD ist nicht verboten“, oder „...wenn man gegen rechts was macht ist man automatisch links...“. Das wohl bedrückendste Ergebnis der aktuellen Umfragen von Heitmeyer und Brähler/Decker ist doch die klammheimliche Zustimmung bzw. nicht Wahrnehmung des Problems in der Mitte der (nicht nur) sächsischen Gesellschaft.

Sachsen-Anhalt: Brutale Gewalt und Wirklichkeitsverkehrung Folge 13 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt äußert sich brutal: Es ist eines der Länder mit der höchsten Anzahl von rechtsextrem motivierten Gewalt- und Straftaten. Gleichzeitig gerieren sich die Neonazis als Opfer von Zensur, wenn sich ihnen Zivilgesellschaft entgegenstellt, berichtet Pascal Begerich von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus - Kompetente Zivilgesellschaft des Vereins Miteinander e.V..

Pascal Begerich arbeitet bei der Arbeitsstelle Rechtsextremismus - Kompetente Zivilgesellschaft des Vereins Miteinander e.V.

Wie sieht Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt derzeit aus?

Der Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt ist einerseits gekennzeichnet durch eine seit Jahren steigende Zahl von Übergriffen insbesondere auf nicht-rechte Jugendliche und Migrant/innen. Diese Gewalt geht dabei vor allem vom nur schwach organisierten Umfeld in der rechtsextremen Jugendkultur und von den "Freien Kameradschaften" aus.

Andererseits existiert eine heterogene, organisierte rechtsextreme Szene aus Vereinen, Jugendorganisationen, Parteien und "Freien Kameradschaften".

Darüber hinaus spiegelt sich extrem rechtes Gedankengut in Sachsen-Anhalt in einer vielfältigen Jugendkultur wieder. Diese reicht von Dutzenden Musiklabels, Rechtsrockbands Konzertveranstaltern, Naziläden und Fanzines bis hin zu weit verbreiteten rechtsextremen Einstellungen unter Jugendlichen.

Wie zeigt er sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Sachsen-Anhalt ist nach wie vor eines der Länder mit der höchsten Anzahl von rechtsextrem motivierten Gewalt- und Straftaten. Die Zahl der bekannt gewordenen Angriffe ist 2006 im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Nach Abgleich mit den Zahlen des Landeskriminalamts hat die Mobile Opferberatung in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in Dessau insgesamt 178 Angriffe für das Jahr 2006 registriert. Für das Jahr 2005 hatte die Mobile Opferberatung insgesamt 171 Fälle dokumentiert. Neben den seit Jahren bestehenden Schwerpunktregionen und -städten haben sich weitere Schwerpunkte herauskristallisiert. So hat sich die Situation unter anderem in Quedlinburg und Köthen dramatisch verschlechtert. Die Landeshauptstadt Magdeburg steht bezüglich der dokumentierten rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten an zweiter Stelle. Auffällig ist hier seit Jahren, dass Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch alternative Jugendliche, häufig in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an Haltestellen verübt werden. Weitere Schwerpunkte rechtsextremer Gewalt waren im vergangenen Jahr das Jerichower Land und der Altmarkkreis Salzwedel sowie die Stadt Halle. Der brutale Überfall auf eine Theatergruppe in Halberstadt machte in jüngster Zeit Schlagzeilen.

Der organisierte Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt und sein Umfeld agieren heute wesentlich als soziale Bewegung. Öffentliche Aktionen wie Demonstrationen oder Infostände dienen den Rechtsextremen im Rahmen des "Kampfes um die Straße" zur Vermittlung ihrer politischen Zielsetzungen in der Bevölkerung. Dabei greifen sie vor allem sozialpolitische Themen auf und instrumentieren das politische Unbehagen sowie fremdenfeindliche Ressentiments in der Gesellschaft.

Gleichzeitig versuchen JN und "Freie Kameradschaften" mit der lautstarken Forderung nach Meinungsfreiheit für ihre menschenverachtenden Positionen, den nicht-rechten Akteuren die Argumente zu nehmen und sich selbst in die Opferrolle zu stellen. Im Rahmen der Strategie der "Wortergreifung" wurden immer wieder öffentliche Veranstaltungen durch Neonazis gestört und zur Selbstdarstellung genutzt.

Regionale Schwerpunkte rechtsextremer Aktivitäten bilden im organisierten

Spektrum vor allem der Burgenlandkreis, das Mansfelder Land sowie die kreisfreien Städte Halle und Magdeburg. Allerdings sind rechtsextreme Aktivitäten seit Jahren in allen Regionen Sachsen-Anhalts zu verzeichnen.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Auf kommunalpolitischer und Landesebene ist mittlerweile die NPD die wichtigste rechtsextreme Organisation. Seit einigen zwei Jahren setzt sie alles daran, die nach dem Scheitern der DVU bei den letzten Wahlen in Sachsen-Anhalt entstandene Lücke innerhalb des rechtsextremen Spektrums zu füllen. So gelang es ihr bei den Kommunalwahlen im April 2007, mit 13 Kandidat/innen in sieben Kreistage einzuziehen. Dem Beispiel Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern folgend versucht die neonazistische Partei, über die kommunale Verankerung im Jahr 2011 den Einzug in den Landtag zu schaffen.

Die derzeitigen Erfolge der NPD lassen sich unter anderem auf die verstärkte Zusammenarbeit mit den "Freien Kameradschaften" zurückführen. Seitdem im August 2005 der Landesverband der Jungen Nationaldemokraten (JN) gegründet wurde, ist diese Zusammenarbeit deutlich intensiver geworden. Ganz bewusst entschieden sich seit Ende 2005 verschiedene Kameradschaften nach jahrelang gepflegter Abneigung gegenüber der NPD, ihr nationalrevolutionäres und demokratiefeindliches Auftreten zugunsten des "Kampfes um die Parlamente" zurückzustellen. In diesem Zusammenhang erfolgte aus der neonazistischen Kameradschaftsszene heraus die Gründung von derzeit sieben JN-Stützpunkten.

Als wie bedrohlich schätzt Ihr Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt derzeit ein und warum?

Hinsichtlich der steigende Zahlen rechtsextrem motivierter Übergriffe stellt der Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt eine akute Bedrohung insbesondere für nicht-rechte Jugendliche, Migrant/innen, Sozialschwache und Behinderte da. Dies betrifft vor allem die oben genannten Schwerpunktregionen.

Was den organisierten Bereich der extremen Rechten betrifft, so gilt es der wachsenden kommunalen Verankerung von NPD und JN entgegenzutreten. Hier wird sich zeigen, inwieweit das Bündnis zwischen NPD und Kameradschaften Bestand haben und bei den nächsten Wahlen zu Erfolgen führen wird.

Schleswig-Holstein: Aktionsorientierter Mitmach-Neonazismus Folge 14 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Die rechtsextreme Szene in Schleswig-Holstein agiert eher unorganisiert und aktionsorientiert. Rechtsextreme Klamotten-Läden, Clubs und Konzerte und Gewalttaten gibt es viele, doch die NPD kam bei der letzten Landtagswahl nur auf 1 %, berichtet die Redaktion von "Enough is enough".

Wie sieht das Ausmaß von Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein derzeit aus?

DVU und Republikaner haben in Schleswig-Holstein keine Bedeutung. Relevanz haben jedoch die NPD und "Freie Kameradschaften", wobei es starke personale Überschneidungen unter beiden Gruppierungen gibt. Daneben existiert aber auch eine starke, subkulturelle Szene, die eher durch Nazi-Konzertbesuche auffällt und sich ansonsten nicht fest organisiert bzw zuverlässig mobilisieren lässt.

Die NPD konnte bei der Landtagswahl im Februar 2005 nur ein miserables Ergebnis unter 1% einfahren und machte im Wahlkampf eher durch gewalttätige Übergriffe ihrer Anhänger von sich reden, z.B. in Steinburg im Dezember 2004.

Wie zeigt er sich hauptsächlich? Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Schwerpunkte lassen sich in Lübeck (dort gab es zeitweise neben NPD auch das "Bündnis Rechts für Lübeck" sowie ein "Bündnis nationaler Sozialisten") sowie Neumünster rund um den "Club 88" feststellen. Im gesamten Land gibt es von Nazis (mehr oder minder erfolgreiche) Versuche, eigene Szene-(Klamotten)Läden zu etablieren. Rechtsrock-Konzerte werden veranstaltet, darunter auch alljährlich zum "Gründungstag" des Club 88 in

Neumünster oder an der Nordseeküste in Neufeld. Verbindung nach Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark bestehen.

Thüringen: Die NPD hängt sich an jedes Aufreger-Thema

Folge 15 der Serie: Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



In Thüringen arbeiten NPD und freie rechtsextreme Szene schon immer Hand in Hand. Die Erfolge lassen sich seit 2005 auch bei den Wahlen erkennen. Besonders mit sozialen und anderen allgemeinen Aufregerthemen finden die Rechtsextremen Anschluss an die Bevölkerung, berichtet Uwe Schubert von mobit - Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus.

Uwe Schubert ist Berater von mobit - Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus.

Wie sieht Rechtsextremismus in Thüringen derzeit aus?

Seit 2001 misst der „Thüringen-Monitor“ der Universität Jena die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung durch repräsentative Umfragen. Deshalb wissen wir, dass rund 20 Prozent der Thüringer rechtsextremen Einstellungen voll und ganz oder überwiegend zustimmen. Das ist für uns als mobiles Beratungsteam der Ansatz, mit dem man arbeiten muss. Die Menschen, die rechtsextrem organisiert sind, sind natürlich weniger.

Gibt es Schwerpunkt-Regionen?

Eisenach, Gotha und Jena sind klassische Schwerpunkt-Regionen. Im Ostthüringer Raum um Gera gibt es eine große Rechtsrock-Szene. Viele auch deutschlandweit bekannte Bands stammen von hier, wie etwa Blutstahl, Eugenik, die Black Metal-Band Totenburg oder der Liedermacher Julmond. Eternal Bleeding stammen aus dem nahegelegenen Altenburg. Entsprechend gibt es um Gera viele Konzerte, Internetlabels und Versandhandel. Eigentlich kann man sagen: Der Schwerpunkt zieht sich an den Autobahnen in Ost-, West- und Südthüringen entlang.

Welche sind die wichtigsten Organisationen?

Die wichtigste Partei ist die NPD mit ihrer Jugendorganisation JN. Für die NPD ist der Wahlkampf für die Kommunalwahl 2009 jetzt in vollem Gange. Nach den kommunalen Erfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern beflügelt die Partei besonders, dass sie bei der Bundestagswahl 2005 in Thüringen ihre zweitbestes Ergebnis nach Sachsen einholen konnten. Deshalb rechnen sich die Rechtsextremen in Thüringen für 2009 gute Chancen aus. Das ist eine neue Entwicklung, denn bei der letzten Landtagswahl 2004 hat die NPD mit 0,9 Prozent der Stimmen schlecht abgeschnitten und hat auch nur zwei Vertreter in Gremien bekommen, in den Wirtschaftsrat in Jena-Ostlobeda und über die DVU-Liste einen Stadtrat in Lauscha in Südostthüringen.

Auch die Szene der freien Kameradschaften ist sehr aktiv. Im Moment etwa passiert viel in Südthüringen. Wir beobachten neue Kräfte in Zella-Melis, im Thüringer Wald bei Suhl, Meiningen und in Hildburghausen. Schon länger existieren gefestigte Kameradschaftsstrukturen in der Region Eisenach und Gotha und in Jena.

Gibt es „lokale Spezialitäten“ der Szene?

In Thüringen gab es noch nie eine Trennung zwischen NPD und freien Kameradschaften, diese beiden Pole der Szene haben in Thüringen schon immer gut zusammengearbeitet. In den letzten Jahren geht aber auch hier der deutliche Trend dahin, dass viele Mitglieder der freien Kräfte auch in die NPD eintreten. Die hatte vor zwei Jahren in Thüringen noch rund 200 Mitglieder, jetzt sind es 400 bis 500. Entsprechend tragen die Kameradschaften alle NPD-Aktivitäten mit, Abgrenzungen gibt es keine. Anders herum melden auch NPD-Kader Veranstaltungen für Kameradschaften an oder mieten Räume. Dies erklärt die neue Stärke der NPD im vopolitischen Raum (rechte Jugend und Musikszene).

Welche aktuellen Trends, Strategien beobachten Sie?

Ein Trend ist die strukturelle Ausweitung der NPD durch die Gründung von immer mehr Kreisverbänden. Die Mitgliederzahl der NPD in Thüringen hat sich in zwei Jahren mehr als verdoppelt. Entsprechend spalten sich bestehende Kreisverbände auf oder es gibt Neugründungen. Inzwischen gibt es 15 Kreisverbände – 2003 waren es noch 10.

Thematisch dreht sich in Thüringen bei der „Politik nach außen“ der Rechtsextremen derzeit alles darum, durch Engagement in sozialen Fragen ihre Anschlussfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die Rechtsextremen haben sich an die Montagsdemos gegen Hartz IV angehängt – und die Veranstalter wollten sich oft nicht von ihnen distanzieren, „solange sie nur friedlich mitlaufen“. Die Taktik ging also leider voll auf.

Entsprechend besetzen sie jetzt das Thema Antikapitalismus – die Auftakt-Demonstration zur bundesweiten „Antikap-Kampagne“ der NPD fand im April 2006 im thüringischen Arnstadt statt. Auf kommunalpolitischer Ebene versucht die NPD etwa, sich an die „Familienoffensive“ anzuhängen, ein Volksbegehren gegen die neue Familienförderungsgesetz Thüringens, dass die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP mit Gewerkschaften gestartet haben. Hier war man allerdings aufmerksam und hat eine NPD-Beteiligung nicht zugelassen. Die NPD hängt sich an jedes Aufreger-Thema: Widerstand gegen eine Stromtrasse durch den Thüringer Wald, das Aufstellen von Windkraftanlagen in der Nähe der Wartburg, Theaterschließungen. Und immer wieder fehlt Akteuren das Fingerspitzengefühl, so dass man schon mal NPD-Kader neben empörten Intendanten auf der Bühne sehen kann. Die NPD fasst es so zusammen, dass sie keinen „Aktionismus“ wollen, sondern ihr Gedankengut durch „geistvolle und konzeptionelle politische Arbeit vorantreiben“ wollen. Klassische Nazi-Themen wie etwa Rassismus oder Antisemitismus werden derzeit überhaupt nicht mehr nach außen getragen. Es gibt zwar weiter rassistisch motivierte Gewalt, die aber in der Regel nicht von organisierten Kreisen ausgeht.

Was die „Politik nach innen“ angeht, veranstalten die NPD und Kameradschaften weiter den alten „Nazi-Ringelpiez“: Geschichtspolitische Aktionen wie Rudolf Hess-Aufmärsche oder Besuche von Kriegerdenkmalen an Volkstrauertagen und Hitler-Geburtstagsfeiern.

Als wie bedrohlich schätzen Sie Rechtsextremismus in Thüringen derzeit ein und warum?

Für potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt ist Rechtsextremismus immer gefährlich. Zur WM 2006 sind wir oft nach No-Go-Areas in Thüringen gefragt worden. Da kann ich nur sagen: Ganz Thüringen ist eine No-Go-Area – und auch wieder nicht. Es kommt auf die Situation, die Tageszeit, den Ort an. Im letzten Jahr ist in Erfurt eine schwarze Sängerin angegriffen worden, die beim Dومتreppenfestival, einem großen Opern-Event, mitgewirkt hat. Sie ist nach dem Event angegriffen worden, mitten auf dem Domplatz der Landeshauptstadt! Es ist die bittere Realität, dass rechtsextreme Gewalt überall passiert. Positiv ist dagegen zu vermerken, dass sich in den vergangenen sechs, sieben Jahren auch eine wesentlich aufmerksamere Zivilgesellschaft entwickelt hat. Inzwischen gibt es in jeder größeren Stadt und auch in vielen kleinen Orten Bündnisse gegen Rechtsextremismus gibt. Viele davon konnte die mobile Beratung durch Aufklärung und praktische Hilfe unterstützen. Auch die Presse berichtet offensiv über rechtsextreme Aktivitäten. Wenn Neonazis größere Aufmärsche planen, gibt es inzwischen eine große Mobilisierung dagegen, die durch alle gesellschaftlichen Bereiche geht.

Zusammenfassung: Vom Osten lernen heißt Siegen lernen? Bilanz unserer Serie Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme



Zum Abschluss unserer Serie "Rechtsextremismus in Deutschland - eine Momentaufnahme" kommentiert Dierk Borstel, Politologe des Zentrums Demokratische Kultur: Die Rechtsextremen haben die Wiedervereinigung besser vollzogen als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen. Aber gewinnen die westdeutschen Rechtsextremen, wenn sie Erfolgsrezepte aus dem Osten kopieren?

Dierk Borstel ist Diplom-Politologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald und beratend tätig im Zentrum Demokratische Kultur.

Natürlich wird es in naher Zukunft keinen nationalsozialistischen Staatsstreich geben. Rechtsextreme Parteien haben mittelfristig keine Aussicht auf Mehrheiten in Landesparlamenten oder gar im Bundestag. Nach wie vor ist das Risiko, Todesopfer eines Verkehrsunfalls zu werden, erheblich größer als das, durch einen rechtsextremen Gewaltakt zu sterben. Natürlich ist das Risiko noch geringer, wenn man eben nicht schwarz, jüdisch, homosexuell, behindert, obdachlos oder womöglich alles zusammen ist. Unsere repräsentative Demokratie gilt als eine der stabilsten der Welt. Lohnt es sich noch, über jene Reste von Ewiggestrigen, Ideologen und Gewalttätern zu berichten, wie es das Portal „Mut gegen rechte Gewalt“ jetzt sogar als Länderserie vorgemacht hat?

Die Antwort hängt vielleicht von unserem Demokratiebild ab. Sind unser Staat und seine Organe in ihrer realen Gestalt per se schon das Höchstmaß an Demokratie, wie wir sie leben wollen? Dann können wir sagen, es existiert keine reale Gefahr eines rechtsextremen legalen oder illegalen Staatssturzes. Wir hätten dieses Problem im Griff.

Oder bedeutet uns Demokratie doch mehr: nämlich die Erfüllung jenes normativen Versprechens der Grundrechte, dass der Mensch in seiner Würde geschützt werde und dies nicht nur vor der Willkür des Staates, sondern auch vor der Gewalt und der ideologischen Verblendung des anderen. Eine demokratische Kultur wäre dann eine gesellschaftliche Grundstimmung im Alltag der Menschen, die Minderheiten explizit schützt und Pluralismus als Bereicherung begreift. Blicken wir vor dem Hintergrund dieses Verständnisses einmal auf die Ergebnisse der Länderserie.

Der Westen lernt vom Osten

Zunächst fällt auf: Eine Insel der Seligen gibt es nicht. Rechtsextremismus gibt es in allen Bundesländern und nirgends nimmt er deutlich ab. Er ist weder ein ost- noch ein nord-, süd- oder westdeutsches Problem. Die Vereinigung kann hier als gelungen bezeichnet werden. Und er ist häufig jung und somit keine Resterscheinung des Nationalsozialismus, mehr sondern eine moderne Bewegung. Das überrascht vielleicht weniger als eine andere Beobachtung: Der westdeutsche Rechtsextremismus befindet sich in einem radikalen Wandlungsprozess. Bis weit in die 1990er Jahre hinein konzentrierte er sich auf die Bildung zumeist legalistisch orientierter Vereine oder Parteien, während der ostdeutsche Rechtsextremismus als anarchisch verschrien und dabei schon besser organisiert war, als mancher ahnte. Nur zeigte sich das ostdeutsche Modell nach einem kurzen Höhenflug bei westdeutschen Wahlen langfristig als erfolgreicher. Es basierte auf wenigen Grundkonstanten: ^

- Bildung von Zellenstrukturen (Kameradschaften) und Netzwerken (z. B. als Aktionsfront, Freier Widerstand oder Bündnis) mit regionaler Verankerung
- Konzentration auf eine Strategie der kulturellen Subversion im Alltag der Menschen mit dem Ziel, den „Kampf um die Köpfe“ (NPD-Jargon) zu gewinnen
- Organisation einer eigenen rechtsextremen Erlebnis- und Kulturwelt besonders für Jugendliche
- Propagandistische Verächtlichmachung von demokratischen Strukturen

Ziel: Abschaffung der Demokratie

Bei der Herausbildung dieses Organisationsprinzips war nicht alleine die Angst vor staatlichen Verboten handlungsleitend, sondern auch ein alter Gedanke: Wenn das Staatsvolk sich in erdrückender Mehrheit von den staatlichen Ideen und Organisationen abwendet, haben nur Diktaturen Chancen auf Fortbestand. Das Ziel der rechtsextremen Seite war es deshalb, eine solche kritische Masse für ihr Ziel zu erreichen, die Überwindung des demokratischen Systems zugunsten eines völkisch definierten, autoritären Staats. Dieses schien ihr nur möglich, indem sie dort ansetzte, wo Teile dieser Masse erreichbar waren: im Alltag der Menschen und in der Jugend der Gesellschaft.

Mittel: Die Biedermänner

Seitdem greift auch die alte Biedermannidee des lieben, engagierten Nazis von nebenan wieder um sich, der noch jede Oma sicher über die Straße gebracht und – zumindest gedanklich – jeden Ausländer an die Wand gestellt hat, der Kinderfeste organisiert, im Elternrat mitredet und sich dort im Gemeinwesen engagiert, wo es anderen zu anstrengend oder unbequem geworden ist. Er wird noch gestört durch jene Horden von frei schaffenden Rechtsextremisten, deren politischer Ausdruck lediglich Gewalt ist und deren soziale Phantasie sich im Wort Auschwitz trefflich zusammenfassen lässt. Beide Gruppen stimmen in grundlegenden ideologischen Mustern und Feindbildbestimmungen überein, vertragen sich temporär und stören sich doch langfristig. Aussteiger berichteten immer wieder, dass in Zukunftsfantasien organisierter Rechtsextremer die erste Opfergruppe für die neu zu bildenden Konzentrationslager diese nicht organisationswilligen Rechtsextremisten sein sollten. Sie hatten das Problem der Koexistenz erkannt und auf ihre Weise lösen wollen.

NPD und Graswurzeln

Die Ausweitung der NPD erfolgt auf der Basis der Graswurzelarbeit durch die rechtsextremen Zellen und Netzwerke. Teilweise baut sie auf ihr auf, teilweise tritt sie in temporärer Konkurrenz zu ihr (z. B. wenn es ums Geld geht) oder sie arbeitet mit ihr Hand in Hand. Die Kraft der NPD erwächst somit nicht aus sich selbst heraus, sondern sie ist sichtbares Symbol für eine gesellschaftliche Strömung, die sich neu formiert, neue – besonders

jugendliche und damit zukunftsfähige – Bevölkerungsschichten erreicht und sogar wählbar wird. Zuletzt gab es eine solche Form der Neuerung des Parteiensystems „von unten“ durch die Gründung der Grünen.

Ob die Rechtsextremen an Einfluss gewinnen, bestimmt nicht die Strategie

Die Länderserie zeigt eindrücklich, dass diese Strategie der Graswurzelarbeit weitgehend Standard des bundesrepublikanischen Rechtsextremismus geworden ist. Der Westen hat somit vom Osten gelernt. Hat er damit aber auch Siegen gelernt? Diese Frage ist noch nicht zu beantworten, denn sie ist weniger von der Qualität des Rechtsextremismus abhängig, sondern von den Einstellungen und der Qualität des demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung. Auch ein „gutes“ Angebot wird sich schließlich nicht durchsetzen, wenn es keine Nachfrage gibt. Hier wird von entscheidender Bedeutung sein, in welcher Form Einstellungen wie die vom Forscherteam Heitmeyer gemessene „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ oder das von Bernd Wagner formulierte „völkische Syndrom“ in Teilen der Gesellschaft politikfähig werden. Anders ausgedrückt: Gelingt es den Graswurzelaktivisten der rechtsextremen Seite, politisch brach liegende Ressentiments in Teilen der Gesellschaft politisch zu motivieren und zu organisieren oder nicht?

Wir wissen noch nicht, wann die Rassisten unter uns ihrer Gesinnung gemäß wählen. Sollte dieses mittelfristig passieren, würde sich ruckartig die politische Großwetterlage verändern und auch die Frage der Demokratie neu gestellt. Derzeitig gefährdet der Rechtsextremismus die demokratische Kultur, indem er seine Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen dem Prinzip der Würde aller Menschen entgegenstellt. Die Opfer sind zumeist Minderheiten und Schwache der Gesellschaft. Die politische Kultur soll jetzt der Hebel der Rechtsextremisten sein, um auch politisch mächtig zu werden. Ob dieses gelingt, hängt damit auch entschieden vom Verhalten der Demokraten in der Sphäre der Zivilgesellschaft ab. Gelingt Ihnen der lebendige Entwurf einer demokratischen Zivilgesellschaft mit Sympathie für den Anderen und Herz für den Schwachen? Dies dürfte für die dauerhafte Sicherung der Demokratie von eminenter Bedeutung sein.